

# VORFRAGEN

MARKTISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GWERKSCHAFT

Nr. 44

Februar/März 1980

80 Pfg. Solidaritätspreis DM 1,20

**Inflation, Steuerprogression ....**

## DEN REALLOHNABBAU STOPPEN!

Über 100.000 Kollegen der baden-württembergischen Metallindustrie haben in den letzten Januartragen vorübergehend die Arbeit niedergelegt. Sie machten dadurch noch einmal deutlich, dass sie zu ihrer Lohnforderung von rund 10% stehen. Das Unternehmerangebot von ganzen 4,8% ist schon skandalös genug.

Seit Jahren schon geht es mit dem Lebensstandard nicht mehr aufwärts. Alles ist teurer geworden. Viele ArbeiterInnen haben sich mit Einsparungen bei Urlaub, Lebensmitteln und Kleidung und ein paar zusätzlichen Überstunden so grob gehalten. Es wäre für manche ein böses Erwachen, wenn sie plötzlich keine Überstunden mehr arbeiten könnten und vom Lohn für 40 Stunden die Familie versorgen müssten.

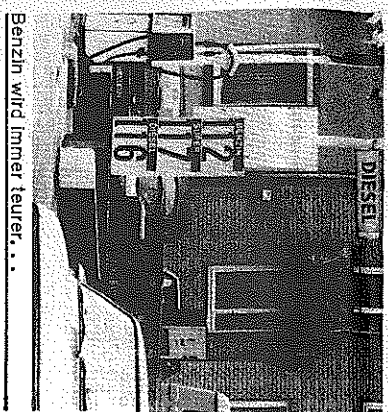
Im letzten Jahr hatten wir mit durchschnittlich 4,6% die niedrigsten Lohn- und Gehaltserhöhungen der 70er Jahre. Seit 1974 waren die Lohnabschlüsse äußerst bescheiden. Die Lohnquote (d.h. der Anteil der Löhne am Volkseinkommen) ist auch 1979 weiter abgesenkt und jetzt wieder auf dem Stand von 1970 zurückgefallen. Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten an den Staatseinnahmen ist weiter gestiegen und hat den Anteil der Körperschaftsteuer aus den Taschen der Unternehmer überholt.

In vielen Betrieben wurden von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten auch dieses Mal wieder Lohnforderungen aufgestellt. Dabei wurden häufig Lohnforderungen um die 12,16 oder gar 20 Prozent oder auch Festgeldforderungen (wie bei Opel Rüsselsheim: 250 DM für alle) genannt. Demgegenüber sind die offiziellen Gewerkschaftsforderungen um die 10% schon ein Kompromiß.

Wie aus einer Statistik der DGB-Zeitschrift "Die Quelle" hervorgeht, wird erwartet, daß 1980 von hundert Lohnsteuerpflichtigen 53 von der Steuerprogression (stetigende Steuersätze)

erfasst werden. Von der Bruttolohnerhöhung wird also schon vorweg ein grober Teil durch den Staat einkassiert (und den Unternehmen in Form von "Subventionen" und ähnlichen Geschenken wieder zugeschoben). Dazu kommt noch, daß eine tarifliche Eckloohnerhöhung (denn darum geht es ja) von sowasviel Prozent ja noch lange nicht heißen würde, daß man unterm Strich auch wirklich sowasviel Prozent Netto Lohn rausbekommt. Denn für die meisten Arbeiter setzt sich der Lohn zusammen aus dem tariflichen Ecklohn und einem übertariflichen Einkommen. Und gerade dieses übertarifliche Einkommen ist zum Großteil rechtlich und tariflich nicht abgesichert. Viele Unternehmer haben dies ausgenutzt und übertarifliches gekürzt. Schon vor Jahren hatten viele Gewerkschaftsmitglieder gefordert, einmal die Absicherung aller tariflichen Leistungen zum Schwerpunkt einer Tarifrunde zu machen. Doch in den Tarifkommissionen sind diese Ansätze bisher gescheitert. Man darf auch nicht

vergessen, daß sich die Preissteigerungen des letzten und des laufenden Jahres in den Reallohn hineinfressen. Nicht nur Öl und Benzin sind teurer geworden, sondern auch Kohle, Gas und Strom.



Benzin wird immer teurer....

Für die meisten ist in den letzten

Benzin als "religionsbeschimpfend" und "das Prinzip der Einheitsgewerkschaft beeinträchtigend" bewertete. Die kritische und unbewusste Jugendzeitung 'ran war schon seit langem einigen Gewerkschaftsführern das rechte Flügels ein Dorn im Auge gewesen. Bei ihren jugendlichen Lesern allerdings war sie äußerst beliebt. Ihre freche Mächtigkeit, die nie ein Blatt vor den Mund nahm, kam stets gut an.

Bereits in der November/Dezember Ausgabe der "Solidarität" (Zeitschrift für gewerkschaftliche Jugendarbeit) hatte die 'ran-Redaktion auf die möglicherweise drohende Einstellung des Jugendmagazins hingewiesen. Damals dementierte der DGB-Bundesvorstand dieses Vorhaben heftig und wandte sich dagegen, solche "grundlosen" Gerüchte in der Gewerkschaftsöffentlichkeit breitzutreten.

Die 'ran-Redakteure waren in jüngerster Zeit nicht die ersten Opfer einer Innergewerkschaftlichen "Säuberungskaktion". Der Bundesjugendsekretär des DGB, Heinz Hawelick wurde im Herbst

Jahren der Leistungsdruck gestiegen, ohne daß sie dafür eine Entschädigung bekommen hätten.

Als im letzten Sommer die Ölkonzerne die Benzin- und Heizölpreise hochtrieben und die Inflationsrate wieder anstieg, wurden in vielen Betrieben außerordentliche Lohnzuschläge gefordert und teilweise sogar durchgesetzt. Aber der IG-Metall-Vorstand lehnte es damals ab, für einen allgemeinen Nachschlag zu kämpfen, um seine "Glaubwürdigkeit" gegenüber Un-ternahmen und Regierung nicht aufs Spiel zu setzen. Den Kollegen wurde gesagt: Wir dürfen unsere Kraft nicht zu sehr verzetteln, konzentrieren wir uns lieber auf die Tarifrunde.

Daß die IG-Metall jetzt mit einer gespaltenen Lohnforderung auftritt, also eine höhere Anhebung für die unteren Lohngruppen fordert, ist zu begrüßen. Denn schließlich sind ja für alle die Lebenshaltungskosten gleich hoch. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen von Jahr zu Jahr größer werden.

Viele Kollegen sind nach zehn Jahren SPD-geführter Regierung enttäuscht weil die versprochenen Sozialreformen ausgeblieben sind. Umso mehr setzen sie vor allem in der Tarifrunde die Hoffnung auf die Gewerkschaft als unsere direkte Interessensvertretung. Schon vor Jahren hatten die organisierten Metalller in Nordrhein-Westfalen bei der Urabstimmung für Streik gestimmt - doch dann kam vom Vorstand nichts.

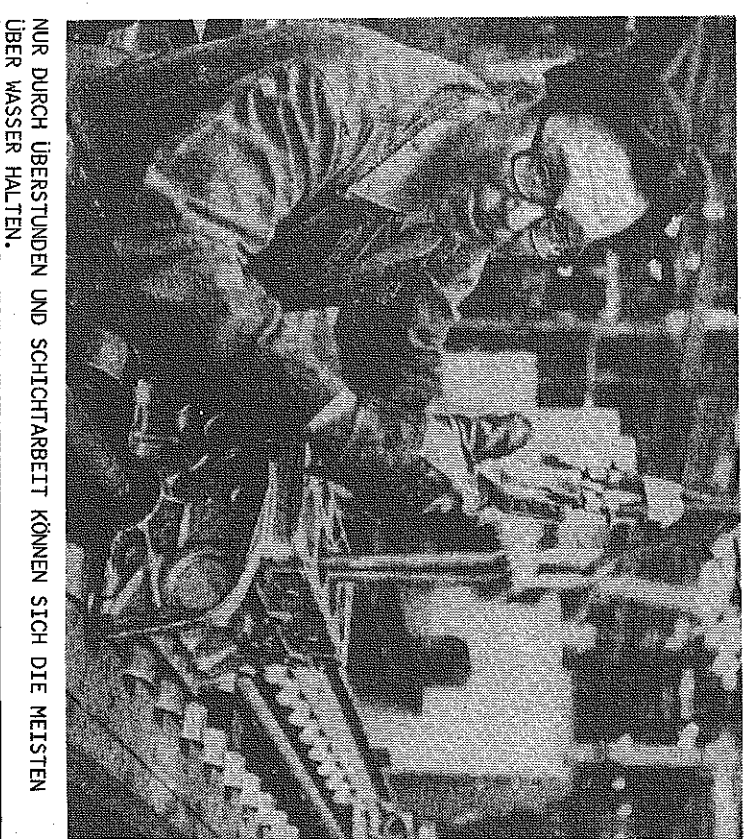
Wir werden - diesmal und auch in der Zukunft - unseren Gewerkschaftsführern noch viel genauer auf die Finger schauen müssen, damit aus ihren kräftigen Worten auch kräftige Taten werden. Es ist ihre Aufgabe, unsere Kampfkraft so gezielt einzusetzen, daß für uns alle das meiste herauskommt.

VON EINEM IG-METALL-  
VERTRAUENSMANN

unter mysteriösen Umständen und auf undemokratische Weise seines Amtes enthoben (siehe VORAN Okt.79). Mag sein, daß die religiösen Gefühle einiger Gewerkschaftsmitglieder durch die Karikatur verletzt wurden. Doch ist das Grund genug, die gesamte Redaktion zu feuern oder rauszuekeln? Hätte es nicht genügt, die angebotene förmliche Entschuldigung der Redakteure anzunehmen (die übrigens bis zu ihrer Kündigung aus ihrem Leserkreis keine Beschwerden erhalten hatten)?

Offenbar war die Karikatur nur ein Vorwand, der schon lange gesucht worden war, um die 'ran-Redaktion mundtot zu machen. Sehr fädelnscheinig sieht es auf jeden Fall aus. Während die beiden Redakteure und Hawelick auf gleiche Weise aus einem kapitalistischen Betrieb rausgeflogen, dann hätten sie - sogar mit DGB-Unterstützung! - arbeitsgerichtlich dagegen vorgehen können.

Fortsetzung auf Seite 8



NUR DURCH ÜBERSTUNDEN UND SCHICHTARBEIT KÖNNEN SICH DIE MEISTEN ÜBER WASSER HALTEN.

**WAHLJAHR 1980:**

## WIE STEHT ES UM DIE SPD?

1980 ist Wahljahr. In drei Bundesländern und im Bund werden die Parlamente neu besetzt. Viele Jusos und SPD-ler stehen nun vor der Frage, wie man die Drohung einer Machtübernahme durch Strauß in Bonn abwenden kann. Denn eine CDU/CSU-Regierung mit ihrem Programm würde einen enormen Rückschritt in vielen Bereichen bedeuten.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 16.3. ist ein CDU-Sieg ganz offensichtlich verstanden, aus dem Friblinger-Skandal ("Gedächtnisliedchen" des Nazi-Marineabsichters a.D.) politisch Kapital zu schlagen.

Auch im Saarland (Wahltermin: 11.5. 80) spielt die FDP das Züngeln an der Waage. Sie hat bisher zusammen mit der CDU regiert und will dies auch weiterhin tun. Hier, wo die Arbeitslosenrate weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, erhofft sich die SPD einen Wahlsieg.

Am gleichen Tag wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. In diesem Bundesland mit einem Viertel der Gesamtbevölkerung und dem größten zusammenhängenden Industriegebiet Europas konnte die SPD bisher nur knappe Ergebnisse erringen. Denn zu Nordrhein-Westfalen gehören nicht nur die

Großstädte an der Ruhr, wo die SPD fast immer an die 60% herangekommen ist. Dazu gehören auch "schwarze" Gebiete wie Eifel, Sauerland und Münsterland. Und auch in rheinischen Großstädten wie Düsseldorf, Leverkusen und Köln sind SPD-Mehrheiten gar nicht so sicher. Nur durch eine Koalition mit der FDP blieb die SPD bisher in der Landesregierung. Wenn die Basis dann von der SPD-Spitze grundlegende Veränderungen zugunsten der breiten Masse und gegen das Kapital forderte, wurde sie stets abgewiesen mit dem Hinweis, man müsse doch auf die FDP Rücksicht nehmen.

Viele SPD-Mitglieder und Sozialisten gehen mit gemischten Gefühlen in den Wahlkampf. Eine große Gefahr, die der Sozialdemokratie diesmal droht, ist eine

## ARTIKEL ÜBER

Streikrecht für BRFG	5, 2
Juso-Landeskonferenz	5, 3
Afghanistan	5, 4, 3
Britischen Streitkräfte	5, 5
Chinesische Revolution	5, 6
Miszstaffel	5, 7
Beschütze	5, 8

Fortsetzung auf Seite 2



# VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Juso, Felken und Gewerkschaften.  
Erscheinet seit Dezember 1973.  
Abopreis: 7,- DM für 6 Ausgaben  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hommesbergerstr. 75, 5630 Remscheid  
Bankverbindung: Postsparkommt Essen, H.-G. Öfninger, Konto Nr. 170 20-433  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger  
Druck: Gegenruck, Essen

## RFFU-SOLL MAN SICH STREIKEN GERICHTLICH VERBIBTEN LASSEN?

Eigentlich hatten sich viele Leute schon auf den Abend des 19. Dezember 1979 getreut; endlich mal ein paar Stunden ohne Filmmekletz, weil die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in der Gewerkschaft Kunst für diesen Abend einen Streik angesetzt hatte. Wir dieser Arbeitsniederlegung wollten die RFFU-Mitglieder gegen die geplante Abblutschung des Norddeutschen Rundfunk (NDR) durch die CDU-Ministerpräsidenten Albrecht und Stoltenberg protestieren. Denn die Auflösung des NDR gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen, nicht nur in der betroffenen Anstalt selbst, sondern (wegen der komplizierten Gebührenerstattung) im gesamten Bundesgebiet.

Aus dem Streik wurde dann allerdings nichts. 80 Minuten vor geplantem Streikbeginn (dem übrigens auch Löwenthals ZDF-Magazin zum Opfer gefallen wäre), fällt das Landesarbeitsgericht München ein Urteil, das die geplante Arbeitsniederlegung verbietet. Der Streik sei politisch, und Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes erlaube nur den Arbeitskampf zur Regelung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen. Die RFFU-Führung hat dann auch alles in ihrer Macht stehende getan, ihrer Basis rechtzeitig von dem Urteil Bescheid zu geben und sie zurück an die Arbeitsplätze zu drängen.

Zwei Gesichtspunkte stechen aus diesem Trauerspiel hervor: 1.) Welche Rolle die Gerichte bei Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern im allgemeinen spielen und auf wessen Seite sie stehen. 2.) Wie leichtgläubig und leichtsinnig einige Gewerkschaftsführungen auf die "neutrale", "über den Parteien stehende", "rechtsprechende" Gerichtsbarkeit vertrauen (und ihr gehorchen).

Zu 1.): Jeder aktive Gewerkschaftler mit nur ein paar Jahren Erfahrung weiß ganz genau, daß die Gerichte und Arbeitsgerichte in den allermeisten Fällen zugunsten der Unternehmer entscheiden. Sollte es einmal in der 1. Instanz nicht so klappen, dann gibt's immer noch die Berufungs-Instanz. . . Wie sagte doch der IG-Metall-Betriebsrat Jürgen Bretschneider auf einer Diskussionsveranstaltung in Hamburg: "Wir haben in Hamburg von der IG-Metall aus im Vierteljahr ungefähr drei oder vier Prozesse vor dem Arbeitsgericht. Da tränen einem die Augen, wer glaubt, daß er da Recht kriegt, der ist im Irrtum. Das ist für mich eine Erfahrung gewesen, die unwertend war. Die blirsten Dich ganz kalt ab, auch wenn Du im Recht bist. . ." Es ist eine wahre Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß sie sich auf nichts und niemanden verlassen kann. . . . . außer auf ihre eigene Stärke! Nur die eigene Kampfberettschaft bringt Erfolge, wenn sie in Aktionen, Streiks und Demonstrationen umgesetzt wird. Nur so kann der Gegner zum Nachgeben gezwungen werden. Auf die "Solidarität" einiger graumüellerer Herren sollte man lieber nicht bauen.

Zu 2.): Daß die RFFU-Führung so leichtfertig dem Gerichtsurteil vertraute und diesem (nachdem es nicht wie von den Mitgliedern erhofft ausgefallen war) so unverzüglich nachkam, kann nur eine Konsequenz haben: Falls die RFFU-Spitze nicht selbst aus dieser Erfahrung lernt, müssen die Mitglieder der RFFU dafür sorgen, daß ihre Gewerkschaft in Zukunft nicht mehr an der Nase herumgeführt wird. Es kann nämlich von keinem Menschen verlangt werden, einer Gerichtsentscheidung nachzukommen, von der er nichts weiß. Hätte die RFFU-Führung nicht eine telefonische Standleitung in den Gerichtssaal legen lassen, sondern wäre ein paar Stunden "unauffindbar" gewesen, dann hätte der Streik sogar eine nachträgliche juristische Schwierigkeit lauten können. . . . . Aber nein, die RFFU-Spitze machte den Eindruck, als ob sie sich geradezu danach zu drängen schien, einem Urteil nachzukommen, das den Interessen ihrer Mitglieder ins Gesicht schlug.

Selbst die gerichtliche Strafandrohung von 500.000 DM wäre noch kein ernsthafter Grund gewesen, um nachzugeben. Hätte man nicht leicht von 500.000 Kollegen aus anderen DGB-Gewerkschaften, SPD-Mitgliedern und Jugendlichen jeweils 1,- DM Solidaritätsspende sammeln und dies natürlich wirksam in der Öffentlichkeit ausschlagen können?

Jetzt hat sich die RFFU auf den Weg durch die Justiz-Instanzen gemacht. Sie will ihr Recht einklagen - bei demselben Justiz, die ihr vor kurzem den Streik verboten hat! Mag sein, daß die RFFU ihr "Streikrecht" zugesprochen kriegt. Nur - dann ist es zu spät. Der Weg bis zur letzten Instanz dauert mindestens ein paar Jahre. Bis dahin ist der NDR längst kaputt; die Arbeitsplätze sind fiktiv. Was passiert aber, wenn die Rundfunkintendanten und Streikverhörer in der letzten Instanz "Recht" bekommen? Ist die RFFU-Führung dann in Zukunft bereit, entgegen einem solchen Urteilspruch streiken zu lassen? Die andere Alternative ist: Sie unterwirft sich letztlich diesem Urteil, setzt es innerhalb der Mitgliedschaft durch und macht sich so zum Büttel einer Anti-Gewerkschafts-Justiz. Einen Mittelweg gibt es nicht.

Eigentlich braucht sich der RFFU-Vorstand nur vor Augen zu führen, wie die gegenrechtliche Seite sich auf den möglichen Streik samt Urteilsspruch rüstet: Überall wurden Notprogramme auf die Beine gestellt, in manchen Studios wurden die Türschlösser ausgewechselt (damit die Streikenden mögliche Streikbrecher nicht bei ihrer Arbeit "istören" könnten. . .). Die Intendanten (welche angeblich mit ihrer Ablehnung der CDU-Pläne zur Auflösung des NDR auf selten der RFFU stehen) bereiten offenen Streikbruch vor. Sie hätten diesen Streikbruch auch durchgeführt, falls die RFFU vor dem Arbeitsgericht Recht bekommen hätte. Sie hätte alles getan, um einen Urteilspruch der gegen sie gelaufen wäre, zu umgehen. Nur die RFFU betreibt treu und brav den Buchstaben des Gesetzes.

Noch ein letztes: Es war schon von vornherein falsch, dauernd abzustreiten, daß der geplante Streik politische Züge hätte. Statt dessen verhielt sich die RFFU rein defensiv und sprach nur von einem "Demonstrationsstreik". Hat es denn nichts mit Politik zu tun, wenn die CDU-Landesfürsten Albrecht und Stoltenberg den NDR und seine Mitarbeiter als Heizmaterial benutzen, um ihr politisches Süppchen zu kochen? Ist es dann unpolitisch, wenn sich die Betroffenen und Geschädigten samt ihrer Gewerkschaft zur Wehr setzen?

Diese Affäre wirft eine grundsätzliche Frage auf, die sich in den nächsten Jahren noch öfter, aber viel schärfer stellen wird: Gehen die Gewerkschaften in der BRD den Weg einer Unterordnung unter den kapitalistischen Staat - oder gehen sie den Weg der (für die Funktionäre) gewiß schwieriger, ist hin zu kämpferischen Klassenorganisationen, die nur den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet sind? Interessante Szenen spielten sich kürzlich beim britischen Stahlstreik ab: dort hatte ein Richter die Ausdehnung des Streiks von der staatlichen auf die private Stahlindustrie verboten und den Einsatz "fliegender Streikposten" untersagt. Kaum ein Kollege betrogte diese Anweisung. Der Staat war machtlos. Ob dieses Beispiel für deutsche Kollegen ein Vorbild ist?

## SPD im Wahljahr

Fortsetzung von Seite 1

Jahre ist dahin. Auch die Parteilbasis kann man mit der alten Politik nicht mehr mobilisieren.

Nicht ganz unschuldig ist die SPD-Spitze an der Existenz der Grünen und ihren Erfolgen. Geradezu aberwitzig mutet dann die Argumentation der SPD nach dem Atombeschluß des Berliner Parteitages an: Wenn man jetzt die Grünen wählt, fallen die "liberalen" aus dem Bundestag raus, und dann ist Strauß Kanzler. Dies ist eine sehr mechanische Auffassung. Wenn die SPD-Führung die Argumente und Sorgen von Otto Normalverbraucher wirklich ernstnehmen und eine sozialistische Alternative gegen das Kapital anbieten und hart und zäh kämpfen würde - dann wären in Zukunft breite SPD-Wehrheiten sicher.

Wo ist denn die Begeisterung für die sozialliberale Regierung (Willy Brandt) von 1972 geblieben? Damals gab es in vielen Betrieben Warnstreiks, als Willy Brandt von der CDU durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden sollte. So



In den kommenden Jahren werden die Flure der Arbeitssämter noch voller werden.

# Kampffonds

## Guter Auftakt - weiter so!

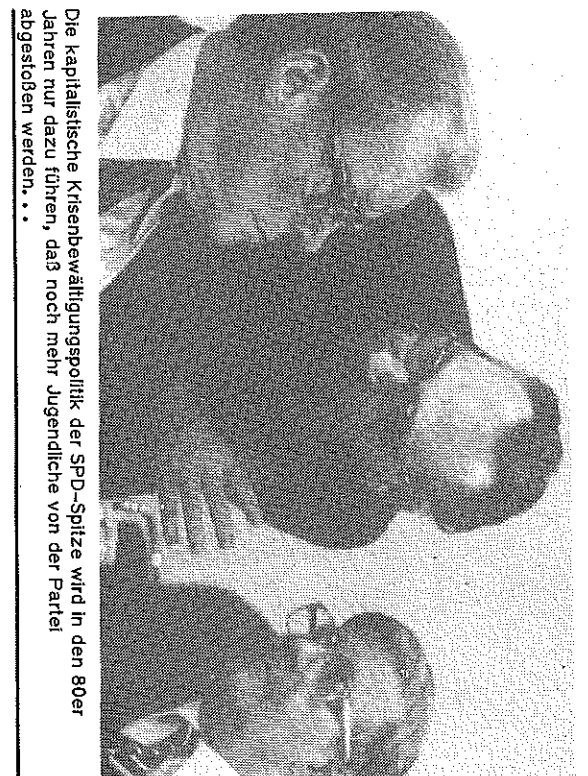
### UNSER ZIEL - 12000,- DM - IST LEICHT ZU ERREICHEN!

Nachdem unsere Spendenaktionen im Vorjahr zu wünschen übrig ließen, sollten wir uns in diesem Jahr doppelt bemühen, den Ausbau von VORAN finanziell abzusichern. Nachzutragen bleibt noch, daß im Monat Dezember '79 weitere 910 DM gesammelt wurden, die uns erst in den letzten Wochen überwiesen wurden. Damit erhöht sich das Gesamtergebnis 79 auf 6.914,- 14 DM.

Zu Beginn dieses Jahres haben wir nach Rücksprache mit unseren aktiven Kampffonds-Helfern an verschiedenen Orten ein neues Sammelziel für 1980 aufgestellt, und zwar 12.000 DM. Das bedeutet, daß monatlich 1.000 DM gemammelt werden müßten.

Wir glauben, daß dieses Ziel gut zu schaffen ist, zumal wir die Summe 1978 schon einmal erreicht haben.

Die Einnahme des Monats Januar bilden auch bereits einen guten Auftakt. 1.146,39 DM wurden uns schon zugeschickt. Damit haben wir erstmalig unser Monatsziel schon überschritten. Unter anderem brachte die Sammltagung auf einer Diskussionsveranstaltung in Mönchengladbach 46 DM (plus 2 niederländische Gulden). Der Verkaufslös von Büchern, Broschüren und Postern auf der Juso-Landeskonferenz in Nordrhein-Westfalen betrug 44 DM. Einzige Leser überließen uns ihre aus dem Weihnachtsurlaub mitgebrachten Mitzen im Wert von 18,-. Dies sind nur einige Beispiele der zahlreichen Sammelaktivitäten unserer Leser in den letzten Wochen. Dieses Geld brauchen wir um-



Die kapitalistische Krisenbewältigungspolitik der SPD-Spitze wird in den 80er Jahren nur dazu führen, daß noch mehr Jugendliche von der Partei abgestoßen werden. . . .

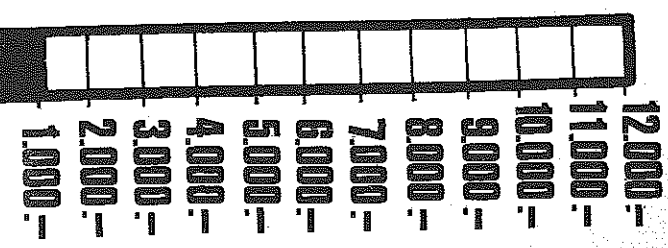
etwas wäre heute fast undenkbar. Das Wahlprogramm von 1972 enthielt viele Reformversprechen, wie z.B. Wohnungsbau, Mitbestimmung, Chancengleichheit im Bildungssystem. Entsprechend gut war das Wahlergebnis. Bei der höchsten Wahlbeteiligung seit dem 2. Weltkrieg erzielte die SPD das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Die vielen Hoffnungen, die die SPD bei ihren Wählern geweckt hatte, wurden enttäuscht, weil die Reformen in der kapitalistischen Krise nicht durchführbar waren. Die Partei versäumte es, ihren Wählern zu erklären, daß echte Reformen nur möglich sind, wenn man sie gegen das Kapital durchsetzt und gleichzeitig für eine breite Unterstützung mobilisiert. Nichts in dieser Richtung geschah. Die Folge war, daß die SPD nach 1974 eine Reihe von Wählern verlor. Viele traditionelle SPD-Wähler blieben zuhause oder sagten sich: Wenn die SPD CDU-Politik macht, kann man ja gleich CDU wählen.

Wie wir'ds 1980 aussehen? Hat die Parteilührung aus den gemachten Fehlern gelernt? Wenn man die Politik der SPD-Spitze in der Vorwahlkampfszeit ansieht (Aufstellungsbeschlüß, Atomenergieprogramm) muß man sagen: Leider nein! Oder man denke an den Rentenskandal von 1976! Falls die SPD dennoch ein gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl erreichen sollte, dann

Olef Meindl, Remscheid

SPENDENKONTO:  
Angela Bankert,  
Pechla, Essen  
2422 50-432

## KAMPFFONDS 1980



Lich besseres Erscheinungsbild VORAN verbünden ist, ganz zerschweigen von der Erleichterung der Redaktionsarbeit.

Es ist daher sicher im Sinne des Lesers, daß wir den Schrautomaten nun auch kaufen. Ihn seid aufgerufen, uns dabei durch Eure Spende zu helfen! Wir hoffen, daß wir mit Eurer Hilfe die neue Ausgabe vollständig im ne Blocksatz herausbringen können.

Es fehlen uns aber noch mindestens 1.200,- DM, um die Rechnung bezahlen zu können! Wir bitten diese Summe unbedingt zum 1. März! Jeder VORAN-Leser ist aufgerufen, einmal eine besondere Anstrengung zugunsten seiner Zeitung zu unternehmen z.B. eine Riesenfete für den Kampffonds zu organisieren, in Essenkochen, Verlosungen, Vesteigerungen und Wunsch-Plattden gegen 50 Pfennig Gebäud und zu alledem ganz viele Leser einladen. . . . Sicherlich habt ihr selbst noch viele eigene Ideen für ihr für VORAN Geld beschaffen könnt! Ihr wißt, bis 1. März r sen es 1.200,- DM sein!

Wenn wir dieses wichtige schenziel erreicht haben, wollen wir in diesem Jahr noch weitere Geräte anschaffen. In erster ein Überschriften-Setzgerät, die sehr zeitraubende und oft unzulängliche Herstellung über- und Zwischenüberschriften zu verbessern.

Ob uns dies alles gelingt, wir die Zeitung damit weiterwickeln und einen großen Scher nach vorn bringen können - hängt vor allem von Eurer Hilfe ab.







Seit Wochen jammern und heulen die Presse-Hyänen der kapitalistischen Welt über Rundfunk, Presse und Fernsehen. Die Volkerversammlung der Vereinten Nationen mit ihrer Abstimmung gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan wurde aufgeblassen in der kläglichen Hoffnung, die Außenpolitik der Sowjetunion dadurch zu beeinflussen. Hierzu wurde versucht CDU und CSU, für ihre reaktionäre Politik daraus Kapital zu schlagen; zunächst macht sich dies bemerkbar in der Forderung nach einem höheren Rüstungsetz für die Bundeswehr. Gleichzeitig steckt die Absicht dahinter, durch ihre Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion die Wähler von den Problemen zuhause - und von dem Innenpolitischen Programm der CDU abzulenken. Mittlerweile erwägt eine ganze Reihe konservativer Regierungen, wie z.B. in Großbritannien, Kanada und Australien, bereits einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau.

### Imperialistische Heuchelei

Das Ausmaß an kapitalistischer Heuchelei, das durch eine Flut moralischer Empörung und scheinheiliger Aufregung hier zum Ausdruck kommt, bleibt durch die Skandale des letzten Jahrzehnts unübertroffen. Verschwiegen werden natürlich dabei die imperialistischen Einmärsche der Vergangenheit, die mit dem "Interesse des Volkes" tatsächlich nichts zu tun hatten. Wir erinnern hier z.B. an den Einmarsch amerikanischer Truppen in Korea und Vietnam in den 50er und 60er Jahren, an die Intervention französischer und belgischer Truppen in Zaire 1978, um die Guerilla-Bewegung dort zu zerschlagen, und an die Tatsache, daß die USA bereits seit zwei Jahren eine Eingreiftruppe ausbilden, die im Ernstfall die Ölquellen erobern soll.

Auch China, dessen Regierung sich ebenso lautdröhnend über den Einmarsch empört, hat einiges zu verschweigen: als vor einem Jahrzehnt chinesische Truppen in Tibet (an der Südgrenze Chinas) einmarschierten, regte sich keine westliche Regierung darüber auf. Tibet ist jetzt voll in die V.R.China eingegliedert, ohne daß sich jemand um die Unterdrückung der Tibeter gekümmert hat. Warum nicht? - Weil ihr kleines rücktändiges Land - ohne politische oder strategische Bedeutung - für die westlichen Mächte kein Verlust war.

### Widerstand der Rebellen

Auch die Behauptung der russischen Bürokratie, ihre Truppen seien einmarschiert, um das Volk zu retten, entspricht kaum der Wirklichkeit: Widerstand kommt nicht von ungefähr, egal, wie man die Größe und Bedeutung der "Widerstandsbekämpfer" einschätzt. Wenn einige hunderttausend Flüchtlinge, die nach Pakistan geflohen sind, größtenteils im wehrfähigen Alter sind und sich dort Waffen und militärische Ausbildung von gleichgesinnten Pakistanern geben lassen (Angaben laut amerikanischer Zeitschrift "Time" 14,1.80), bleibt es eine Tatsache, daß der Einmarsch der Russen, und auch die Politik der letzten afghanischen Regierung, nicht auf einhellige Begeisterung der Bevölkerung gestößen sind.

Über die Gründe für den Einmarsch herrscht bei vielen Kollegen hierzulande große Verwirrung. Sie wenden sich ernsthaft fragen: Wer hat denn nun recht? Die Unterdrückung des afghanischen Volkes hat nicht erst seit dem Einmarsch begonnen, sondern sie ist aus ganz konkreten materiellen Gründen in der Geschichte des Landes eingebettet. Schon früher war Afghanistan ein Spielball zwischen dem britischen Weltreich und dem zaristischen Rußland gewesen. Marxisten betrachten jedoch die Ereignisse nicht von einem moralischen Standpunkt, wie es z.B. manche "kommunistische" oder sozialdemokratische Parteien tun, sondern vom Klassenstandpunkt aus.

Nur wer sich den politischen und wirtschaftlichen Hintergrund dieses armen Landes anstrengt, der die Klassengegenätze in sich bing, wird diese Frage beantworten können.

# AFGHANISTAN WAS STECKT HINTER DEM RUSSISCHEN EINMARSCH ?

## Rückständigkeit Afghanistans

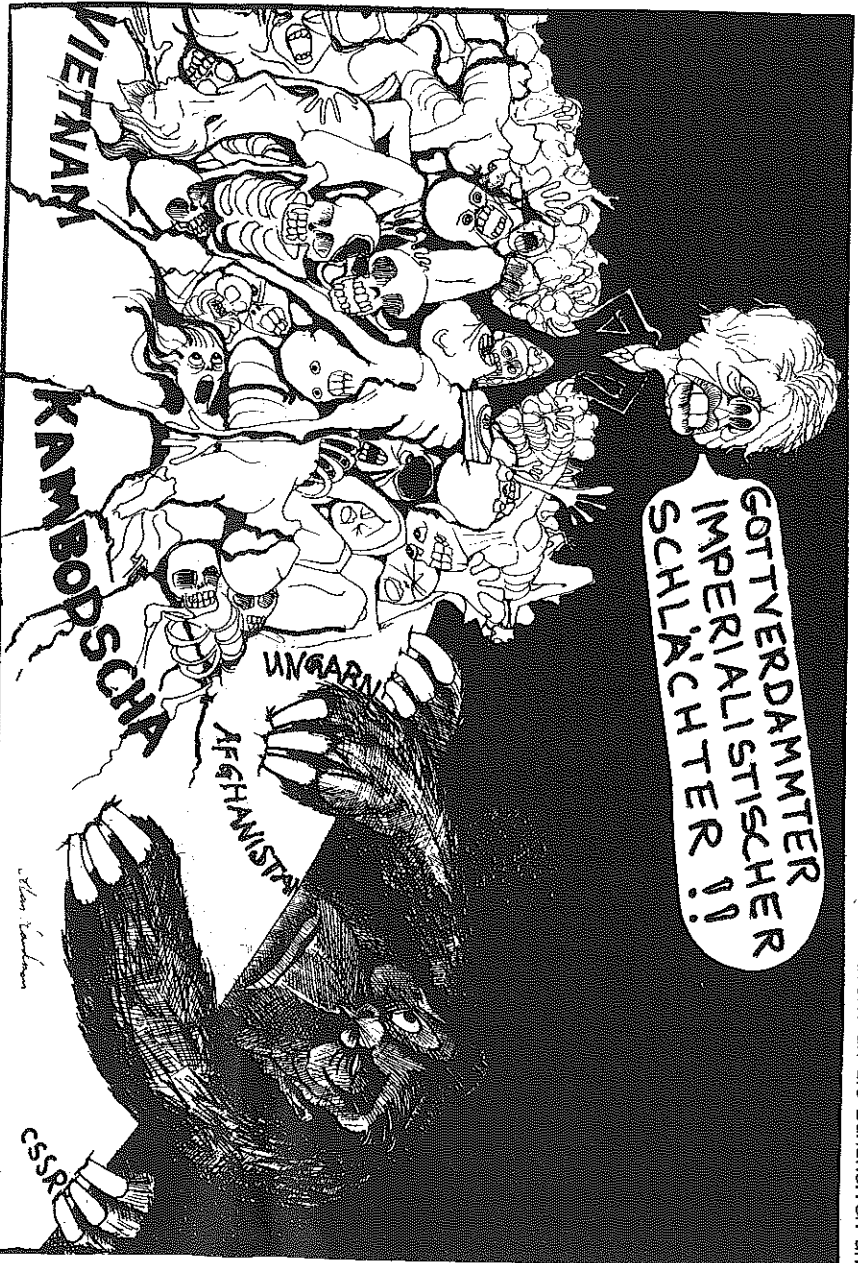
Bis 1978 hatten fünf Prozent der Bevölkerung - die Großgrundbesitzer - 45% des Bodens in ihren Händen, während 85% Besitzlose Bauern und Tagelöhner waren, die in entsetzlicher Armut lebten. 90% aller

rische Demokratie aufgebaut, die aber gescheitert ist.

Nach einem "friedlichen" Militärputsch 1953 balancierte Prinz Daud, der Schwager des Königs, zehn Jahre lang zwischen den verschiedenen Klassen, ohne daß sich etwas grundlegendes im Lande änderte. Dies war natürlich vollkommen im Interesse der

Einfluß des Wirtschaftsschaos begann sich unter dem Druck der Massen mit den notwendigsten Reformen:

\* Die Großgrundbesitzer wurden enteignet und eine Million Hektar Boden wurden an 680.000 Kleinbauern verteilt.  
\* Die Schulden von 11 Millionen Kleinbauern an die Landherren und



WER IM WEISSEN HAUS SITZT, SOLLTE NICHT MIT STEINEN WERFEN !

Männer und 98% aller Frauen waren bis dahin Analphabete; die Sterblichkeitsrate bei der Geburt lag bei 22,2%, während die Lebenserwartung ca. 34 Jahre betrug. Afghanistan gehört zu den beiden letzten Ländern auf der Welt, wo Pocken noch nicht ausgerottet sind. Diese elenden Zustände haben die imperialistischen Pressezaaren noch nie interessiert. Darin sahen sie noch nie einen Anlaß für Wutgeschrei und Schlagzeilen. Das Land hat so wenig Industrie und ist überhaupt so wenig modernisiert, daß es nicht einmal eine Eisenbahn gibt! Die wichtigsten Ausfuhr Güter sind Früchte (20-40%), Teppiche und Felle, (Pflanzen-)Öl, während die

strenge islamische Religion und die bis 1973 herrschende Monarchie dafür sorgten, daß das Land nie aus dem feudalistischen Mittelalter herauskam. Das Land ist fast dreimal so groß wie die Bundesrepublik, hat eine überwiegend gebirgige Landschaft und ist mit vielen verschiedenen Stämmen verschiedener Sprachen und Kulturen bevölkert. Anders als im Iran wo über 50% Perser sind, gibt es kein "heimisches afghanisches" Volk, obwohl ca. 60% die Sprache eines der Hauptstämme, der Paschtunen, sprechen. Eine Modernisierung der Gesellschaft könnte nur durch die Lösung des Nationalitätenproblems erfolgen.

## Vorgeschichte seit 1945

Von Kriegsende 1945 bis zum Sturz der alten Ordnung 1978 war keine Regierung imstande, das Land aus dem Mittelalter herauszuführen 1949 wurde zunächst eine parlamenta-

alten feudalistischen Herrscher um die Monarchie und die Stammesführer: es gab keine einheimische starke Kapitalistenklasse, die die Industrialisierung der Wirtschaft hätte vorantreiben können. Infolgedessen gab es keine Arbeiter- und Bauernpartei, die für die Abschaffung der alten Verhältnisse durch einen sozialistischen Wirtschaftsplän hätte kämpfen können. Wie in allen Kolonialländern übernahmen die Kleinbürger aus der Armee, Universität oder Justiz die Rolle, die eigentlich der Arbeiterklasse zufiele: Sie kämpften für den Sturz des alten feudalistischen Systems. Dies gelang ihnen aber weder in der zweiten "parlamentarischen" Periode 1963-1973, noch in den fünf darauffolgenden Jahren. Bei den Wahlen 73 gelangte Daud durch einen zweiten Putsch noch einmal an die Macht. Wenig später schaffte er die Monarchie ab.

## Der Umsturz von 1978

Doch weder das Problem der Modernisierung der Gesellschaft noch das der Armut der Massen wurden dadurch gelöst. Die Kämpfe gegen das neue Regime wurden bis April 1978 immer heftiger. Eine Demonstration mit 15.000 Teilnehmern beim Begräbnis eines Linken, der von der Regierung ermordet wurde, führte zu zahlreichen Verhaftungen und setzte die Zeichen für eine tiefgreifende gesellschaftliche Änderung. Diesmal eroberte die "demokratische Volkspartei" unter Taraki, Karmal und Amin die Macht. Wegen der Ausweglosigkeit der alten Ordnung und dem

Geldwerter wurden bedingungslos gestrichen.  
\* Die Schulpflicht - auch für Mädchen - sowie ein Alpbefehlsausprogramm für alle Erwachsenen (mit Pflichtunterricht) wurden eingeführt.  
\* Störung der islamischen Gesetze, wie die Kinderheirat, das Brautgeld und das Scheidungsverbot für Frauen, wurden verboten bzw. abgeschafft.  
\* Wo es nur möglich war, wurde verstaatlicht, sodaß der Kapitalismus in Afghanistan schon (in seinen Anfängen) im Keim erstickt war.

## Außenpolitik der UdSSR

Der Umsturz von 1978 geschah anfangs ohne Wissen und sogar gegen den Willen der Moskauer Bürokratie. Die konservativen Kremnherrn haben längst kein Interesse mehr daran, "die Weltrevolution voranzutreiben", wie ihnen die kapitalistische Presse immer unterstellt. Ihr Interesse liegt einzig und allein in der Aufrechterhaltung des internationalen Jetzt-Zustandes und der Erhaltung ihrer schmarotzerischen Privilegien und diktatorischen Allmacht in der Sowjetunion selbst. Deshalb ist sie im Prinzip eine eifrige Verfechterin der "Rentspannungspolitik" und des "Konzepts der friedlichen Koexistenz" verschiedener Gesellschaftssysteme". Jede größere Störung des weltweiten Kräfteverhältnisses und vor allem jede Revolution, die zu einer echten Arbeiterdemokratie führen könnte, gefährdet auch ihre eigene Machtposition.

Deshalb pflegte sie in der Vergangenheit (wie auch noch in der Gegenwart und in der Zukunft) stets beste freundschaftliche Beziehungen den meisten reaktionären Regierungen. Solche Beziehungen pflegte sie in der Vergangenheit zu den verschiedenen feudalen Diktaturen Monarchien in Afghanistan selbst, ne ja im Traum daran zu denken, eine soziale Revolution auszulösen. Ein stabiles feudales Regime im Nachbarstaat Afghanistan wäre ihr in gewissem Maße erwünscht gewesen, da die heutige instabile, Unruhen, Chaos und Aufständen schütterte Revolutionsregierung. Als aufgrund der inneren Widersprüche des Landes dort 1978 soziale Revolution in Gang kam, konnte die Krem-Bürokratie jedoch schwerlich dagegen einschreiten mußte die Entwicklung wohl oder akzeptieren - und versuchen, darunter ihre Kontrolle zu bekommen mußte ihr darum gehen - wenn Regime in Kabul schon eine soziale Revolution durchgeführt hatte - um jeden Preis dieses sofort und Anfang an auf stalinistische Grundlage und nach Moskauer Vorbild stabilisieren. Als das Regime aus eigener Kraft nicht schaffte, wurden mehr und mehr sowjetische "Berater" und Truppen über die Grenze "zu Hilfe" geschickt. ...

## Sturz von Feudalismus und Kapitalismus

Mit dem Umsturz von 1978 war alte Ordnung des Großgrundbesitzers und des frühen Kapitalismus endgültig vorbei. Doch obwohl die armen Bauern nicht mehr unter diesem Joch zu leiden hatten, herrschte in dieser rückständigen ländlichen Gegend immer noch die islamischen Mulli und ihre fortschrittsfeindlichen Stimmführer und den Stimmführer Landbesitzern bilden sie den Kern Widerstandes und führen in Guerilla-Krieg in den Gebirgen dem Ziel, die alten Verhältnisse wieder einzuführen. Den "Widerstandskämpfern" ist es gegenüberzustellen, daß durch ihr die Aktivitäten die Bevölkerung zusehender schwer benachteiligt wird, z.B. durch Preisserhöhungen um 100% (Reis) v 500% (Brennholz). Brennholz ist es dem Aufsturz v o r dem russischen Einmarsch fast unerlässlich, weil die Rebellen Hauptstraßen blockieren, daß die Waren sehr knapp geworden sind.

Angesichts dessen ist zweifelhaft, ob die Rebellen tatsächlich die uneingeschränkte Unterstützung der Bevölkerung genießen. Diese chaotischen Zustände wird die neue Regierung wahrscheinlich aufheben können, was dazu beitragen wird, daß die unmittelbare Unterstützung der Rebellen durch eine niedrige Bevölkerungsschichten entzogen wird. Die Reformen werden allerdings zu machen durch einen Sturz der neuen Regierung - auch wenn diese nicht wahrscheinlich ist - wäre zweifellos gegen die Interessen und den Willen der meisten Bauern und Tagelöhner. Aber solange die Reformen von oben nach stalinistischem Vorbild eingeführt werden - vollkommen bürokratisch und ohne ausreichende Erklärung und Überzeugung, Rückblick auf die rückständige Kultur, auf das düsterste niedrige Bildungsniveau der ländlichen Bevölkerung und auf die Probleme und Wünsche der nationalen Minder-



solange wird die Lage in Afghanistan verhältnismäßig instabil bleiben.

jedoch ist sie bereit, sogar mit ihrem Leben gegen das bestehende System und die Polizei zu kämpfen. Alle diese Länder sind noch unter kapitalistischer Kontrolle - außer Afghanistan.

Die herrschende Bürokratie in der Sowjetunion konnte aus ihren eigenen machtpolitischen Interessen heraus nicht zulassen, das einzige Land in diesem Gebiet, in dem Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft wurden, wieder unter die Kontrolle kapitalistischer Kräfte - entweder von innen oder von außen - gebracht würde. Der Sturz eines nach stalinistischem Vorbild aufgebauten Staates zum ersten Mal in der Nachkriegszeit hätte die Grundzüge der Privilegien und der Macht der Bürokratie in der Sowjetunion selbst gefährdet und ihre Existenzberechtigung massiv in Frage gestellt. Auf der anderen Seite stellen die restlichen Länder eine Gefahr für die sowjetischen Herrscher dar: falls es den Arbeitern und Bauern dort gelingt, eine demokratische sozialistische Revolution durchzuführen, würde diese revolutionäre Stimmung unmittelbar auf die Bevölkerung der Sowjetunion übergreifen. Der Einmarsch hatte in erster Linie den Zweck, wenigstens einen Unruherd in dieser Region zu stabilisieren.

durchgeführt wurde, hat eine äußerst reaktionäre Auswirkung auf das Bewußtsein der internationalen Arbeiterklasse, weil dieser angebliche "sozialismus" nach Machtpolitik stinkt und die Unterdrückung des afghanischen Volkes zur Folge hat.

Lenin und Trotzki erklärten in den Jahren nach der Revolution 1917, daß die Rote Armee durchaus in anderen Ländern eingesetzt werden könnte, wenn dadurch dem Interesse der internationalen Arbeiterklasse tatsächlich gedient wird, beispielsweise um eine reaktionäre Regierung oder die Herrschaft der Großgrundbesitzer zu stürzen. Aber dies sollte nach ihrer Auffassung auch nur dann geschehen, falls die Arbeiterklasse in dem betroffenen Land mehrheitlich einer solchen Aktion nicht feindlich gegenüber steht! Das ist die wirkliche Bedeutung des Internationalismus für Marxisten.

Die Rote Armee sollte niemals die Kämpfe der Arbeiterklasse in einem anderen Land ersetzen, sondern sie mit ihrem Einverständnis nur unterstützen und ergänzen, bis die Arbeiter selber in der Lage sind, eine neue Gesellschaft zu errichten.

Bei dem Einmarsch in Afghanistan ist dieser echte Internationalismus eindeutig nicht vorhanden. Im Gegenteil: Er zieht den Namen des Internationalismus und der Arbeiterdemokratie nur durch die Arbeiter wichtiger Industrieländer - vor allem der USA, Japans und Europas - vom Begriff des Sozialismus ab.

Für den Sturz der stalinistischen Bürokratie - für eine Arbeiterdemokratie in der UdSSR!

Die Forderung westlicher kapitalistischer Regierung noch sofortigem Truppenabzug können wir

Felicity Bull, SPD Köln-Alstadt-Nord

uns nicht anschließen. Denn unter den jetzigen Bedingungen wäre dies eine Aufforderung an die USA, in dieses Vakuum einzudringen. Eine echte marxistische Regierung in Kabul hätte auf religiöse und sonstige Vorurteile des Volkes Rücksicht genommen. Sie hätte die grundlegenden Reformen zu zugunsten der Arbeiter und Bauern so durchgeführt, daß sie von diesen verstanden und unterstützt werden. So wäre es gar nicht nötig gewesen, Moskauer Truppen herbeizurufen.

Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Ideen des internationalen Sozialismus in der Arbeiterbewegung zu verbreiten, wie Lenin und die Bolschewiki ihn meinten, und gegen die bürokratische Herrschaft und für eine demokratische sozialistische Räteregierung in der Sowjetunion zu kämpfen. Dies ist auch die einzige Perspektive, die Afghanistan auf Dauer zu einer stabilen, modernen und ausgeglichenen Gesellschaft verhelfen kann.

Aus dieser Sicht muß der Einmarsch der Sowjetruppen entschieden verurteilt werden. Das bedeutet aber nicht, daß die Kampagnen der kapitalistischen Stimmungsmacher - und ihrer Echos innerhalb der Arbeiterbewegung - gegen die Sowjetunion unterstützt werden sollen, weil wir wissen, daß es sich bei ihnen ebenso um eine Verachtung der Arbeiterklasse handelt. Der einzige Standpunkt, der für Sozialisten in dieser - wie in allen anderen - Fragen annehmbar ist, ist der Standpunkt des Internationalismus und des Ziel einer weltweiten Arbeiterdemokratie, in der Imperialismus und Großgrundbesitz der Vergangenheit angehören.

in Ländern wie China, Äthiopien, Kuba, Birma usw. wurden die Revolutionen von Parteien durchgeführt, die sich jederfall nach dem Umsturz in irgendeiner Form "kommunistisch" oder "sozialistisch" nannten - und meistens von den Persönlichkeiten aus dem Kleinbürgertum angeführt wurden. Auf dieselbe Weise kamen in Afghanistan zwei "kommunistische Parteien" Ende der 60er Jahre zustande die "Khalq"-Partei unter dem Bauernsohn Amin; und die "Putschscham"-Partei unter Generalssin Babrak Karmal, dem jetzigen Regierungsvorsitzenden. Diese Parteien schlossen sich zusammen zur "Demokratischen Volkspartei", 1978 die Macht übernahm und in der Gesellschaft eher entscheidenden Wendepunkt herbeiführte.

und wirtschaftlicher Selbstverwirklichung zu unterstützen. Auch in Afghanistan wird es den bürokratischen Herrschern unter Karmal nicht auf wenig gelingen, die verschiedenen Stämme und Minderheitsgruppen zufriedenzustellen.

Die internationale Auseinandersetzung um den Einmarsch ist eine Auseinandersetzung um Machtinteressen sowohl der sowjetischen Bürokratie als auch der imperialistischen Welt. Es ist offensichtlich, daß es der Sowjetbürokratie auch darum ging, den USA durch den Einmarsch klarzumachen, daß die Sowjetunion nun Herr in diesem Teil der Welt ist. Wahrscheinlich hatte sie jedoch die heftige Reaktion der Imperialisten unterschätzt. Auf der anderen Seite sieht Carter nicht nur die arabischen Öliquellen des Westens gefährdet, sondern auch den unmittelbaren US-imperialistischen Einflußbereich in Zentralasien eingeschränkt.

Auswirkungen des Einmarsches auf die internationale Arbeiterbewegung

Wenn die Interessen der russischen Bürokratie dazu beitragen, daß in einem weiteren Land der Welt der Kapitalismus beseitigt wird, so ist das selbstverständlich kritisch zu unterstützen. In Afghanistan sind Macht und Eigentum der Kapitalisten und Großgrundbesitzer beseitigt worden. Ein solcher Umsturz der Verhältnisse zugunsten der Arbeiter und Bauern sollte aber dazu dienen, daß das Bewußtsein der Arbeiter überall auf der Welt angehoben wird, damit sie sich ermutigt fühlen, den internationalen Kampf für den Sozialismus zu führen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die blutige und kaltblütige Art und Weise, in der der Einmarsch

Islamiische Gefahr"

Ein weiterer Grund für den Einmarsch ist zweifellos die kritische Lage der 50 Millionen Moslems, die überwiegend im südlichen Teil der UdSSR leben, der unmittelbar an Afghanistan grenzt. Die Kämpfe auf der anderen Seite der Grenze könnten sie anstecken, zumal die stalinistische Politik nie in der Lage war, das Problem der nationalen und religiösen Minderheiten zu lösen, sondern sie ständig unterdrückt hat, anstatt ihr Streben nach politischer, kultureller

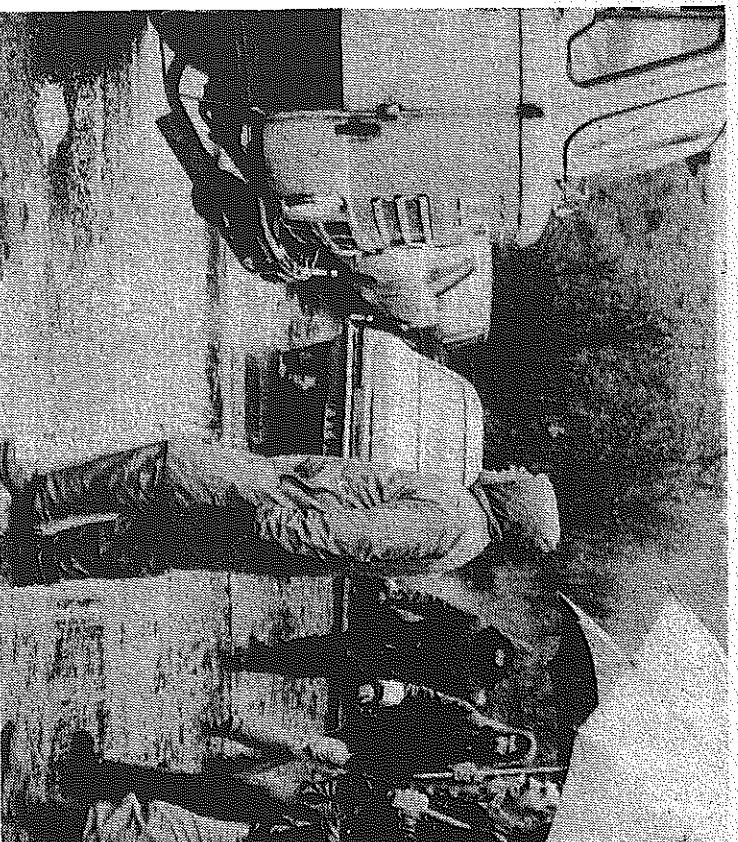
STAHLSTREIK IN ENGLAND:

Britische Stahlarbeiter gegen Thatcher-Regierung

In Großbritannien wurde das neue Jahr mit einem offiziellen, nationalen Stahlstreik eingeleitet. Dieser Streik ist ein Meilenstein in der englischen Arbeiterbewegung. Die Stahlarbeiter führen ihren Kampf stellvertretend für die gesamte britische Arbeiterklasse. So wird denn auch der Streik von den Eisenbahnern, Höfen- und Transportarbeitern unterstützt.

Der Stahlstreik wurde von der British Steel Corporation (BSC) - dem größten Stahlproduzenten in Großbritannien - provoziert. Er wollte nur eine kümmerliche 2%ige Lohnerhöhung zugestehen - bei einer Inflationsrate von um die 20%! Die konservative Thatcher-Regierung gab der BSC volle Rückendeckung. Thatcher will die Gewerkschaften in die Knie zwingen, um so ihre arbeitertfeindliche Politik besser durchzusetzen zu können. Mit dem Angriff auf die Stahlarbeiter sollte für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt ein Exempel gesetzt werden. Thatcher will den Handlungsspielraum der Gewerkschaften so weit einengen, daß ihnen eine aktive Interessensvertretung kaum noch möglich ist. Doch ihre Rechner ließen sich nicht einschüchtern. Sie streikten und organisierten "Hilfsgende Streikposten". So bildeten sie zum Beispiel Streikposten in Höfen und Städten, um die Einfuhr von Stahl zu verhindern. Jetzt liegen Stahlproduktion und -transport im ganzen Lande lahm.

Das mickrige 2% Angebot der Arbeitgeber, sowie die Ankündigung der BSC, in diesem Jahr bis zu 52.000 Stellenarbeiter zu entlassen, zeigt ganz deutlich, wer die Lasten der kapitalistischen Krise tragen soll: die Arbeiter.



Streikposten hatten einen LKW vor einem Stahlwerk an

ter. Doch diese sind entschlossen, dem einen Regel vorzuschreiben. Dazu besteht auch aller Grund.

In Süd-Wales wollen die Arbeitgeber 2 große Stahlbetriebe schließen. Einen in Port Talbot, den anderen in Lanwern. Dies hätte den Verlust von 15.000 Arbeitsplätzen zur Folge. Die gesamte Industrie in dieser Gegend würde unter den Auswirkungen zu leiden haben. Als Folgeerscheinung würden 21.000 Arbeitsplätze in den Bergwerken vernichtet werden.

Gegen diesen Arbeitsplatzraub der BSC haben die Gewerkschaftsführer vom britischen Dachverband TUC bereits einen eintägigen Generalstreik in Wales in Erwägung gezogen. Darauf haben die Arbeiter gewartet. Sie drängen darauf, möglichst viele Arbeiter und Gewerkschaften in der Kampf mit einzubeziehen.

Die Thatcher-Regierung hat - wie sollte es auch anders sein - wo immer sie konnte, im Interesse der Arbeitgeber gehandelt. Beide wollen den Ge-

werkschaften die Flügel stützen, indem sie das Streikrecht angreifen. Doch schon die letzte konservative Regierung unter Heath ist mit diesem Vorhaben gescheitert. Thatcher wird es nicht anders ergehen!

Der Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften liegt nicht ab. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß die konservative Regierung wie noch keine Regierung zuvor gehandelt wird. Der Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen ihre Lohn- und Arbeitspolitik drückt sich in der Mitgliederzahl des TUC aus: Von 20 Mio. Arbeitnehmern sind mittlerweile 13 Mio. organisiert.

Die Krise des britischen Kapitalismus spiegelt sich auch in der Labour Party wider. Der rechte Flügel ist vollkommen isoliert. Die "Tribrune"-Gruppe (linke Sozialdemokraten) und die Marxisten, die sich um die Wochenzeitung MILLITANT gruppieren, haben demgegenüber ihren Einfluß ausbauen können. Gegenwärtig spielt die Parteirechte mit dem Gedanken einer Spaltung der Labour Party. Gleichzeitig startet sie eine Hexenjagd gegen die Marxisten in der Partei - unterstützt von der bürgerlichen Presse. Art und Umfang der Kampagne erinnern an die Mc Carthy Zeit in Amerika. Damals wurden, auf dem Höhepunkt des "Kalten Krieges", Tausende von Linken durch den Senator Mc Carthy verfolgt. Doch die Allianz von Partei-rechten und bürgerlicher Presse wird keinen Erfolg haben. Sie wählten sich für ihre Kampagne einen Zeitpunkt, zu dem immer mehr Arbeiter sich noch links orientieren.

Rob Sewell, Swansea, Wales

Bewertung des Einmarsches

Wenn wir den Einmarsch isoliert betrachten würden - und einmal die internationale Lage und die Reaktion in der weltweiten Arbeiterbewegung außer Betracht ließen - müßten wir bei der schärfsten Kritik an den Methoden die Rolle der Sowjetunion als in gewisser Hinsicht fortschrittlich bezeichnen: Sie wird auf jeden Fall verhindern, daß es den "Rebellien" und der afghanischen Armee gelingt, die alte Feudal-Ordnung wieder herzustellen. Dies wäre ein starker Rückschritt für die afghanische Gesellschaft. Die Truppen werden dafür sorgen, daß die neue Regierung Zeit hat, um die Reformen und dadurch die innenpolitische Lage zu festigen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie dann nach einiger Zeit wieder abgezogen werden, da ihre langfristige Stationierung wiederum eine Herausforderung - vor allem den nordindianen Minderheiten - darstellen würde.

Die Moskauer Bürokratie hat bei diesem Einmarsch die Lage in ganz Zentralasien in Betracht gezogen. Die Nachbarländer rings um Afghanistan gleichen einem sozialen Pulverfaß, das jeden Augenblick in die Luft gehen kann. Seit dem Sturz des Schahs ist die politische und wirtschaftliche Lage im Iran äußerst instabil. In Pakistan, das gegenwärtig von den Militärs unter dem reaktionären General Zia-ul-Haq regiert wird, ist die Gesellschaft völlig zerplittert. Sie steckt wirtschaftlich in der Sackgasse. Nach einem halben Jahrzehnt brutaler politischer Unterdrückung hat die Bevölkerung Indiens einerseits überhaupt kein Vertrauen mehr zu den bürgerlichen Parteien; auf der anderen Seite



# CHINESISCHE REVOLUTION

## Die Entwicklung seit 1949

In den Ausgaben 41 und 43 druckten wir anfänglich des 30. Jahres-tages der Chinesischen Revolution die beiden ersten Teile unserer Artikelserie ab. Darin wurde analysiert, wie es 1949 überhaupt der KPCh unter Führung Maos gelang, durch einen Bürgerkrieg die Macht zu erobern.

Eine Arbeiterdemokratie hat in China noch nie bestanden, wie es sie im Ansatz in der UdSSR in den ersten Jahren nach 1917 unter der Führung Lenins und Trotzki noch gab, bevor der junge und schwache Arbeiterstaat dort bürokratisch entartete. In China existierte von Anfang an ein "deformierter Arbeiterstaat", wie es wir Marxisten bezeichnen, um den Unterschied zum Kapitalismus einerseits und Sozialismus andererseits zum Ausdruck zu bringen. Trotzdem bedeuteten die soziale Revolution von 1949 und die Einführung der Planwirtschaft einen riesigen Fortschritt für das größte Volk der Erde. Und dies trotz der Tatsache, daß die bürokratischen Methoden und der Mangel an Demokratie in der Produktion zu großen Verschwendungsführ. In jüngerer Zeit "öffnend" sich das Land immer mehr nach dem Westen.....

Die chinesischen Führer versprechen sich von ihrem Liebeswerben um den Westen Hilfe bei der Modernisierung und Industrialisierung ihrer Wirtschaft. Sie propagieren die "Vier Modernisierungen" in den Bereichen Wissenschaft, Industrie, Landwirtschaft und Verteidigung - eine neue Version des "großen Sprungs nach vorn". Die neue Kampagne beinhaltet ursprünglich u. a. ein massives Industrialisierungsprogramm (120 Mammuprojekte), das China innerhalb weniger Jahre in eine moderne Wirtschaft verwandeln sollte.. Für die volle Mechanisierung der Landwirtschaft wurde 1980 als Zieljahr proklamiert.

Diese anspruchsvollen Pläne waren jedoch hochgradig abhängig von umfangreichen Importen modernster Technologien aus dem kapitalistischen Westen. Inzwischen mußten die Pläne erheblich nach unten korrigiert werden. Die Führung sah ein, daß sie nur auf Kosten riesiger Auslandsverschuldung oder eines drastisch eingeschränkten Lebensstandards der Bevölkerung hätten verwirklicht werden können. Letzteres erscheint jedoch der Bürokratie gewünscht als eine zu risikoreiche Belastungsprobe für die ohnehin schon häufig überstrapazierte Oberberichterstattung der Bevölkerung. Schließlich sind die sich in den letzten Jahren häufenden Proteste und vereinzelt Demonstrationsverschiedener Bevölkerungsgruppen ausserordentlich Anzeichen wachsender Unzufriedenheit.

### Abkehr von Mao

Es paßt auch durchaus in das Bild der gegenwärtigen Führungschübe, daß sie eine vorsichtige Abkehr von der einst unumstrittenen Führerfigur Mao betreibt. (Auch hier eine deutliche Parallele zur sogenannten "Entstalinisierung" in der Sowjetunion.) Die Weisungen und Worte des "großen Steuer-manns" sind in den vergangenen Monaten allmählich aus dem Stadtbild Pekings verschwunden. Man beruft sich nur noch auf den "frühen" Mao (vor 1949), distanziert sich jedoch zunehmend deutlich von den letzten Jahrzehnten seines Wirkens.

Dies ist auch kaum verwunderlich, hat doch schließlich Mao entscheidende Verantwortung für die "ultralinken Abenteuer" wie die Kulturrevolution und die kurze Herrschaftsperiode der "Vierer-bande" getragen, in deren Verlauf der heutige starke Mann, Deng Hsiao Ping, jeweils entmachtet und geschmäht wurde! Behutsamkeit ist natürlich beim Abbau des Heiligengildes schon noch geboten, denn schließlich wurde Mao der Bevölkerung allzu lange als "Some and Prophet", als unfehlbar dargestellt.

### Reaktionäre Außenpolitik

Als letzter Bereich soll die chinesische Außenpolitik kurz besprochen werden.

Während der gesamten 30jährigen Dauer ihres Bestehens hat die jeweilige chinesische Führung ohne Ausnahme den proletarischen Internationalismus - ein ganz entscheidender Bestandteil des Marxismus - mit Füßen getreten. Nationalistisch bis in die Knochen, war und ist die Bürokratie stets all ein auf die Vermehrung ihrer eigenen Machtstellung, ihres Prestiges, ihrer Ehre, ihres Prestiges, ihrer Ehre. Ausspähen bedacht. Die Grundlage für diese Politik ist bereits in Stallns Theorie vom "Sozialismus in einem Land" zu finden - die utopische Vorstellung, der Sozialismus lasse sich in einem einzigen (noch dazu ausgesprochen rückständigen!) Land verwirklichen. Die Folgen dieser stalinistischen Theorie sind schon seit langem deutlich zu sehen: angefangen mit der Auflösung der Kommunistischen Internationale bis hin zur Bildung engstirniger, nationalistischer Bürokraten in allen Ostblockstaaten, die allen ihren "eigenen Weg zum Sozialismus" gehen, wo ihnen dies nicht ohne weiteres durch die "Rote Armee" unterbunden werden kann (z. B. Jugoslawien).

Aus einer solchen Theorie folgt natürlich auch, daß der angebliche "Aufbau des Sozialismus im eigenen Land" Vorrang hat vor den Interessen anderer Länder, also z. B. zur Ausplünderung der "Bruderstaaten" und ihrer politischen Bevormundung führt.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch der Bruch zwischen Moskau und Peking. Es ging dabei nicht um grundlegende Meinungsverschiedenheiten, sondern einzig und allein um die Befreiung vor der sowjetischen Vorherrschaft und um die nationale Unabhängigkeit der chinesischen Bürokratie. (Da beides nun erreicht ist, können inzwischen wieder Verhandlungen über eine Annäherung stattfinden. Ende 1979 gab es auf 3. Ebene diplomatische Gespräche zwischen Moskau und Peking. Der einstige chinesische Satellit Albanien nähert sich wieder an Moskau an. Zwar hat der ganze Wirbel um Afghanistan die Entwicklung etwas in den Hintergrund gedrängt. Aber wenn sich in absehbarer Zeit die sowjetischen und chinesischen Führer wieder mit Brudecksüssen überschütten, so sollte dies niemanden wundern.)

und dauerhaft vor ausländischen Übergriffen oder innerer Entartung gesichert werden. Eine Theorie, die das Gegenteil behauptet, ist durch und durch reaktionär und reduziert die Außenpolitik auf das für den Kapitalismus typische Nationalstaatsdenken, auf eine unverblühte Macht- und Großmachtpolitik im nationalen Interesse.

Im Falle Chinas wird dies daran deutlich, daß seine Führung vor keinem Bündnis mit den reaktionärsten Regimes, mit den blutigsten Diktaturen zurückschreckt. So unterstützte Parteichef Hua noch wenige Monate vor dem Sturz des Schah ausdrücklich dessen politischen Besuchs im Iran. (Aber auch der Ostblock ließ sich nicht impfen. Noch für 1978 war ein Staatsbesuch des Schahs in der DDR geplant.)

Mobutu aus Zaire fand ausgerechnet in dem Augenblick die Unterstützung Chinas, als die Arbeiter und Bauern in der Provinz Shaba sich gegen seine Diktatur erhoben.

Ein negativer Höhepunkt war auch die Entsendung eines Botschafters sowie die Gewährung von Krediten an das blutbesudelte Pinochet-Regime in Chile.

Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zeigte sich besonders deutlich die chinesische Devise: Alles ist gut, was der Sowjetunion schadet. Gemeinsam mit Pakistan, Saudi-Arabien und USA unterstützt die chinesische Bürokratie die moslemischen Rebellen. Mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown schloß sie einen militärischen Beistandspakt ab. Brown wurde in Peking so herzlich empfangen, wie es in Bonn oder London nicht herztlicher hätte sein können.

### Nationalismus

Es ist nötig, diesen unschönen Faden weiter zu spinnen. Deutlich wird in jedem Fall, daß für die chinesischen Bürokraten nicht die Interessen der Arbeiter und Bauern der jeweiligen Länder im Vordergrund stehen, sondern nur die Ausweitung ihres eigenen, nationalen Einflusses und Prestiges.



Noch zu Maos Lebzeiten war Franz-Josef Strauß ein willkommener Gast in China....



Die chinesischen Stalinisten standen an der Seite Pakistans, als dessen Armee ein grausames Deth vollzog. Sie beelten sich, Handels- und diplomatische Beziehungen mit dem zerbrockelnden Franco-Regime in Spanien aufzunehmen.

### Perspektiven

China ist kein sozialistischer Staat! Es gibt in China keine

# KAMPAGNE GEGEN MARXISTEN WURDE ABGESCHWEMMT!

Es ist bekannt, daß die britische Presse niemals große Liebe für die Arbeiterbewegung gezeigt hat. Trotzdem zeigen sich die Zeitungen neuerdings besorgt um die Lage der Labour-Party. Da scheint es doch tatsächlich in dieser Partei Sozialisten zu geben, die sich zum Marxismus bekennen.

Jedes Blatt in Großbritannien hat sich an einer verblissenen Verteufelungskampagne gegen die Linken in der Partei beteiligt, insbesondere gegen die Jugendorganisation LPYS (Labour Party Young Socialists) und die marxistische Zeitung MILITANT. Nicht nur die Boulevard-Presse gab an, alle Fakten über die "Umwandlung" der Labour-Party auf ihre gewohnte hysterische Art zu erläutern, sondern auch die sogenannten Zeitungen "besserer Qualität" hielten sich nicht davon zurück.

Was sind nun die Gründe dafür? Es gibt zwei. Der erste Grund - der wohlger wichtiger ist - ist ein Bericht des ehemaligen Geschäftsführers der Labour Party, Reg Underhill, über die angebliche Unterwanderung der Partei durch Marxisten. Die gewählten Mitglieder des Parteivorstandes haben es bisher immer abgelehnt, diesen Bericht zu veröffentlichen. Und zwar mit der Begründung, daß sie nicht bereit seien, die Partei einer Heckenjagd auszusetzen, die sie zwar gläubig schwächen würde, außerdem sei die Partei demokratisch aufgebaut und erlaube somit verschiedene politische Meinungsrichtungen.

Die Tatsache, daß die gewählte Par-tei die Veröffentlichung des Berichtes ablehnte, ist jedoch der Presse und Herrn Underhill offensichtlich egal. Der Bericht wurde inzwischen - zumindest teilweise - in der Presse abgedruckt und Underhill droht, ihn auf einer Konferenz der Partei haben. Aber für Unterhill ist die Mißachtung von Mehrheitsbeschlüssen nichts neues! So hat er den adeligen Titel "lord" und einen

Spur von Arbeiterdemokratie im Inneren, und es gibt keine Spur von proletarischem Internationalismus nach außen. Doch im gegenwärtigen Entwicklungsstadium ist es der Bürokratie noch möglich, eine relativ fortschrittliche Rolle zu spielen. Darin liegt der Grund für die verhältnismäßig große Unterstützung, die das Regime heute noch in der Bevölkerung genießt. Aber das System in China ist, genau wie in der Sowjetunion, dazu verdammt, irgendwann an die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeiten zu stoßen. Dann werden die bürokratischen Verhältnisse in China ebensolche Fesseln für die weitere Entwicklung der Gesellschaft sein, wie es die kapitalistischen Verhältnisse für die westlichen Gesellschaften sind.

Die Arbeiterklasse, die einzige mögliche Trägerin einer echten Arbeiterdemokratie, wächst durch die rasche Entwicklung der Industrie schnell an; ihre Rolle in der chinesischen Gesellschaft wird immer wichtiger. Langfristig ist eine politische Revolution auch in China unvermeidlich, in der sich die Arbeiter und Bauern der parastärken Bürokratschicht entledigen. Freiwillig wird sie niemals ihre Macht hergeben.

Aber natürlich darf man die Perspektiven für China nicht losgelöst von internationalen Entwicklungen sehen. Die Errichtung einer oder mehrerer Arbeiterdemokratien in den hochentwickelten Industriestaaten des Westens oder in den osteuropäischen Staaten würde auch für die Arbeiterbewegung in China einen ungeheuren Anziehungspunkt darstellen. Dies könnte zu einem raschen Sturz der Bürokratie und zu einer Verwirklichung des Marxismus führen: zur vollen Ausschöpfung der immensen Möglichkeiten der Planwirtschaft, zu einer Arbeiterdemokratie und zum proletarischen Internationalismus.

Joachim Henck  
(Iuso-Gruppe Hamburg - Winterhude)

lichen Reformen schon lange nichts mehr zu sehen ist. Die Marxisten haben seit Jahren diese Entwicklung erklärt und zum Bruch mit dem kapitalistischen System aufgerufen. Da sich ihre Aussagen immer wieder bestätigten, konnten sie ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung ausdehnen.

Die LPYS und die marxistische Zeitung MILITANT waren die Hauptziel-scheibe der Pressekampagne, nicht weil sie - wie behauptet wird - betrügerisch undemokratisch oder machbesessen sind. Wir wissen ja, daß gerade das kapitalistische System solche Eigenschaften pflegt. Es geht vielmehr darum, daß sich LPYS- und MILITANT-Anhänger nicht nur in die tägliche Arbeit der Arbeiterorganisationen vertieft haben, die kapitalistische Krise erklärt und die falsche Politik der Arbeiterführer aufgezeigt haben, sondern auch eine klare sozialistische Alternative und eine offensive Politik anbieten.

Die wirkliche Bedeutung des Jammerns und Wehklagens der Presse besteht darin, daß sie den Vornarrsch marxistischer Ideen in der Labour Party fültrchtet und um den dahinschwundenden Einfluß der Rechten - bisher immer eine zuverlässige Stütze der Unternehmer - besorgt ist.

Jeder Sozialist sollte darauf gefaßt sein, daß ähnliche Prozesse sich in einem Land abspielen werden. Überall, wo sozialistische Ideen sich fest in der Arbeiterbewegung zu verankern beginnen, wird die Presse im Auftrag der Unternehmer versuchen, sie zu verunglimpfen. Wir fordern Euch - unsere Leser - dazu auf, die Lage in England persönlich anzusehen. Die diesjährige LPYS-Konferenz zu Ostern bietet hierzu eine einmalige Gelegenheit. Jungsozialisten und aktive Kollegen werden Euch gerne über die "Heckenjagd" und andere kommuniste Auskunft geben. (Siehe auch Kästen Seite 7).

Stuart Garvie, Köln,



# DIE NÄCHSTE KRISE IST SCHON DA!

## ANGRIFFE AUF DEN LEBENSSTANDARD ABWEHREN!

Es kann keinen Zweifel mehr an der Tatsache geben, daß die kapitalistische Weltwirtschaft am Beginn einer erneuten Rezessionsperiode steht. Fünf Jahre sind erst seit der weltweiten Krise der Jahre 1974/75 vergangen, deren Folgen noch nirgendwo auch nur annähernd überwunden sind: auf allen Ländern lasten nach wie vor anhaltende Massenarbeitslosigkeit und ständig steigende Preise. Wie Luftblasen zerplatzen die Schönheitsapelle der Regierungen, der "unabhängigen" Wirtschaftsforscher und der ebenso wenig "unabhängigen" bürgerlichen Presse.

Einen Auschwung gab es höchstens für die Profite der Unternehmen; was aber die Arbeiter und Angestellten angeht, so geht eine kaum überwundene Rezession nunmehr in die nächste über. Der Krisenzyklus der kapitalistischen Wirtschaft nimmt gnadenlos seinen gesetzmäßigen Lauf. Die Kosten hat - wie immer - die Arbeiterklasse zu tragen, wenn sie sich nicht wehrt...

Die Jahre nach der Weltrezession 74/75 nahmen praktisch in allen kapitalistischen Ländern einen ähnlichen Verlauf. Nach einer nur kurzfristigen Belebung und Erholung der Wirtschaft im Jahre 1976, kam der Konjunkturmotor in den meisten Ländern anschließend schon wieder ins Stottern: die Wachstumsraten waren nur schwach; die Massenarbeitslosigkeit blieb überall praktisch konstant auf dem Stand des Krisenjahres 1975; die Inflation beschleunigte sich wieder erheblich.

**Tabelle 1: Wirtschaftswachstum (in % des Sozialprodukts)**

Jahr:	Westliche Industrieländern:	Bundesrepublik:
1975	-0,9%	-2,5%
1976	5,3%	5,3%
1977	3,9%	2,6%
1978	3,8%	3,5%
1979	2,5%	4,4%

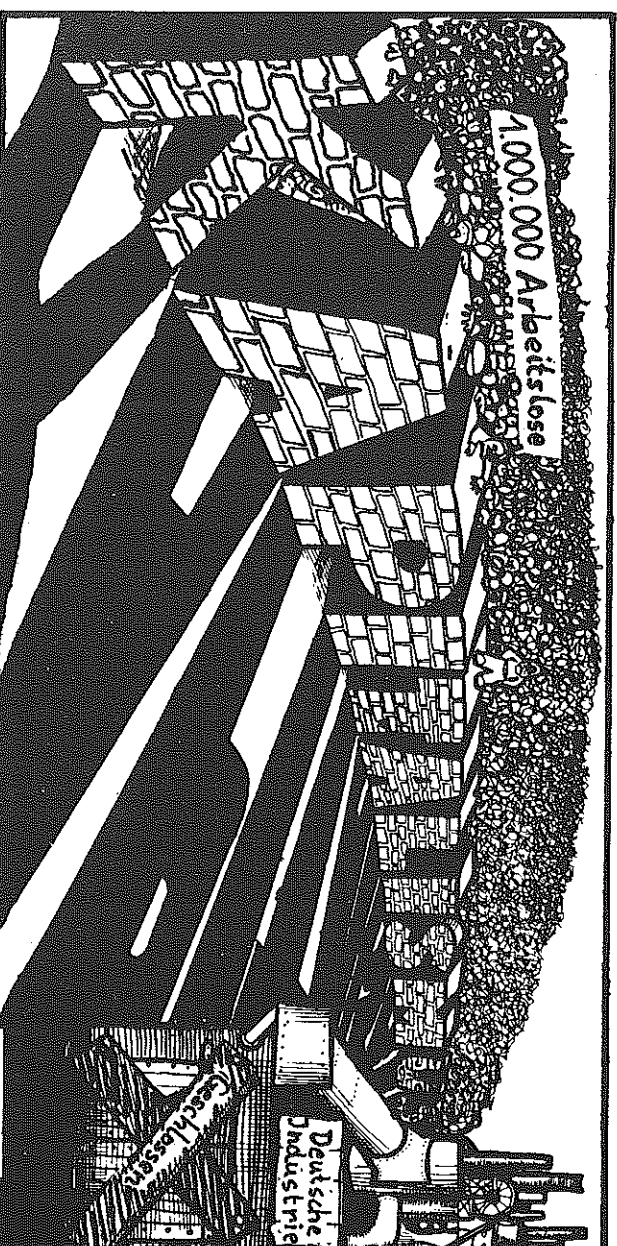
### Schlechte Aussichten

Im vergangenen Jahr (79) betrug das durchschnittliche Wachstum in den Industriestaaten des Westens nur noch 2,5%; der Anstieg der Verbraucherpreise hatte sich bereits auf ca. 10% beschleunigt; die Arbeitslosigkeit: hatte einen Wert von 16 Millionen (!) erreicht - wahrlich kein erfreuliches Bild. Die vor uns liegende Wirtschaftslaute wird jedoch solche Zahlen noch vergleichsweise rosig erscheinen lassen.

In den USA haben die Rezessionskräfte bereits seit dem Frühjahr 79 allmählich die Oberhand gewonnen. Das Wirtschaftswachstum war entsprechend im abgelaufenen Jahr minimal. Die Verbraucherpreise stiegen um ca. 11%. Für 1980 wird von bürgerlichen Ökonomen sogar ein Rückgang des Sozialprodukts vorausgesagt. Mit einem Anteil von 38%

am Gesamt-Sozialprodukt der westlichen Welt sind die USA noch immer von Verlauff der internationalen Konjunktur.

Für ausnahmslos alle Länder wird von bürgerlichen Wirtschaftsdozenten ein sinkendes Wachstum bei höherer Inflation und steigender Arbeitslosigkeit vorausgesagt. Schnell sind diese Herren, die vor kurzem noch so optimistisch in die Zukunft sahen, wieder dazu überge-



gangen, kleinere Brötchen zu backen! Der allgemeine Pessimismus über die Zukunftsaussichten des internationalen Profitsystems findet in jüngster Zeit unter anderem seinen Ausdruck in einem fast unaufhaltsam scheinenden Preisanstieg des Goldes. Der Preis für eine Unze dieses in Krisenzeiten als relativ werbeständige Vermögensanlage gefragten Edelmetalls entwickelte sich zuletzt explosiv:

**Tabelle 2: Preis für eine Unze Gold (in Dollar- $\$$ )**

1970	35 $\$$
1975	166 $\$$
1979	278 $\$$
1980 (Januar)	600-860 $\$$

Es ist eigentlich überflüssig (weil selbstverständlich), darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Fall Großspekulation den Höhenting des Goldes zusätzlich anheizen und sich dabei goldene Nasen verdienen.

Eine unausweichliche Folge der beginnenden Rezession wird eine erhebliche Verschärfung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes zwischen den Industriestaaten sowie eine weitere Zunahme "protektionistischer", daß heißt handelsbeschränkender Maßnahmen wie Einfuhrzölle und -beschränkungen sein.

Wenn die Beute der Profitgier insgesamt nicht mehr groß genug zum Verteilen ist, dann gehen sie sich gegenseitig an die Gurgel... - das gilt für Konzerne ebenso wie für nationale Volkswirtschaften.

### Arbeitslosigkeit

In diesem internationalen Konkurrenzkampf hat - neben Japan - die bundesrepublikanische Wirtschaft eine noch

vergleichsweise starke Position. Ihre Exportkraft ist nach wie vor ungebrochen, und vor allem dieser Umstand verleiht ihr noch eine relative binnenwirtschaftliche Stabilität (z. B. im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien, Italien usw.). Aber "Stabilität" heißt in diesem Fall:

"Nur noch" eine offiziell registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1979 von 876 000. Die letzten vier Jahre (1978: 2,6%). Außerdem ist zu berücksichtigen, daß so entscheidende Posten wie Heizöl und Benzin sich in letzter Zeit explosiv verteuert: allein der Preis für Heizöl stieg innerhalb eines Jahres um mehr als 100%! "Stabilität" heißt im Falle der Bundesrepublik auch, daß der Lebensstandard der Bevölkerung in den Jahren seit der Weltrezession 74/75 nur relativ leicht angekratzt wurde - und noch nicht drastisch vermindert wurde, wie in anderen westlichen Ländern.

In anderen Ländern ist die Situation noch schlechter: Beispielsweise hatte in Großbritannien bei praktisch stagnierendem Sozialprodukt (0,5% für 79) die Inflationsrate zuletzt 17% erreicht - mit steigender Tendenz. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 1,5 Millionen. Für das laufende Jahr wird (sogar von der Regierung) ein erheblicher Rückgang des Sozialprodukts erwartet.

### Inflation

Diese "Stabilität" heißt "nur" eine offizielle Inflationsrate von 4,3% für 1979, jedoch bei steigender Tendenz (1978: 2,6%). Außerdem ist zu berücksichtigen, daß so entscheidende Posten wie Heizöl und Benzin sich in letzter Zeit explosiv verteuert: allein der Preis für Heizöl stieg innerhalb eines Jahres um mehr als 100%! "Stabilität" heißt im Falle der Bundesrepublik auch, daß der Lebensstandard der Bevölkerung in den Jahren seit der Weltrezession 74/75 nur relativ leicht angekratzt wurde - und noch nicht drastisch vermindert wurde, wie in anderen westlichen Ländern.

### Reallöhne

Der zweite Gesichtspunkt wird der Angriff auf die Reallohn sein. Immer wieder wird man von den Arbeitern und Angestellten "Wäßigung" und zusätzliche Opfer verlangen. Das ist auch in der derzeitigen Tarifrunde schon wieder der Fall. Jahrelang sollten sich die Gewerkschaften zurückhalten, um der bundesdeutschen Wirtschaft aus der Rezession herauszuhalten. Jetzt steht die nächste Krise bereits vor der Tür - ein Aufschwung fand zwischen durch für die Arbeiterklasse gar nicht statt! Aber schon wieder appellieren Regierung, Wissenschaftler und die Herren Unternehmer an die Gewerkschaften, sich bei den Lohnforderungen wegen der drohenden Gefahr für unsere Wirtschaft zu mäßigen.

### Reformabbau

Die Situation der westdeutschen Volkswirtschaft ist ausgesprochen unsicher und von einem neuen Einbruch im Laufe dieses und des nächsten Jahres bedroht. Gerade die exportabhängige BRD wird unmittelbar und schmerzhaft von der bevorstehenden Weltrezession betroffen und in deren Sog mit hineingezogen werden. Dies wird die ohnehin schon bestehenden inneren Abschwächungstendenzen verstärken. Das Ergebnis wird sich ausdrücken in stark ansteigenden Arbeitslosenzahlen sowie in verschärfen Angriffen auf den Lebensstandard, in angeheizten Preissteigerungen, niedrigen Lohnabschlüssen und gekürzten Sozialleistungen.

### WER WILL MITKOMMEN ZUR L.P.Y.S.-KONFERENZ?

An Ostern veranstalten die britischen Jungsozialisten (LPYS) wieder ihre Jahreskonferenz. Sie laden dazu alle deutschen Freunde und Genossen ein. Konferenzbeginn ist am Karfreitag-Abend, -ende am Ostermontag-Nachmittag. Wer daran interessiert ist, zu erfahren, wie die Konferenz einer Jugendorganisationsabläuft, die - im Gegensatz zu den deutschen Jungsozialisten - in ihrer Mehrheit aus Jungarbeitern und Lehrlingen besteht, der kann mit uns mitfahren. VORAN organisiert einen Besuch.

Wir veranstalten ein Programm für die ganze Woche. Es beginnt mit der Konferenz und bietet anschließend die Möglichkeit, die restlichen Tage in einer Industriestadt im Norden Englands (Liverpool oder Birmingham) mit Jungsozialisten oder älteren Kollegen zu verbringen. Es werden, wenn möglich, Betriebsbesichtigungen organisiert. Es kann mit Gewerkschafts- und Parteimitgliedern diskutiert werden. Für billige Unterkunft ist gesorgt. Wir versprechen uns - und Euch - eine lehrreiche und lustige Woche. Macht mit und erzählt es Euren Kollegen! Nähere Informationen können bei der Redaktion VORAN angefordert werden.

selbst einer etwas gemäßigter Verlaufenden Krise wesentlich einschneidender sein werden, als sie es im Gefolge der letzten Weltrezession waren (und an diesen Folgen haben die kapitalistischen Länder noch heute zu kaufen). Die Gründe hierfür sind u. a. der heute bei welttem größere "Problemsoße" (z.B. Arbeitslosigkeit) in allen westlichen Staaten sowie deren geringere Möglichkeiten, sich massiv zu verschulden. So ist die öffentliche Gesamtverschuldung in

der BRD inzwischen auf über 400 Mrd. DM angestiegen. Kein Wunder, denn allein die staatlichen Konjunkturprogramme schlickten seit 1974 ca. 90 Mrd. DM.!

Die bundesdeutsche Wirtschaft wird als die letzte mit Hilfe vorhandener "Fettposten" überstehen können. Sie wird diesmal zunehmend an die Substanz herantreten müssen. Das bedeutet im Klartext: die Bevölkerung wird noch mehr als bisher zur Kasse gebeten werden. Ein wesentlicher Aspekt wird dabei der Abbau staatlicher Leistungen sein. Einen Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, bietet uns gegenwärtig die britische Regierungschefin Thatcher mit ihrem brutalen Kürzungsprogramm an sämtlichen Sozialleistungen des britischen Staates. Auch in der BRD werden die Krisen der unruhigen 80er Jahre notwendigerweise heftige Versuche des Kapitals bringen, das "Netz sozialer Sicherheit" zu zerreißen!

### Ölscheichs Schuld?

Davon darf auch das vielstimmige Gerede von der zweiten Ölkrise nicht ablenken. Denn schon wieder versucht man uns weiszumachen, die wirtschaftlichen Schwertigkeiten seien allein "Schuld der Ölscheichs und ihrer Organisation, der OPEC. Dieses Märchen hat man uns schon einmal - zur Erklärung der Weltrezession der Jahre 74/75 - aufgetischt.

Durch ständige Wiederholung wird ein solches Märchen aber nicht wahrer. Richtig ist lediglich, daß die Erhöhung der Preise für Öl genau wie 1973 auch heute einen zusätzlichen verschärfenden Faktor für die ohnehin bevorstehende internationale Rezession darstellt - nicht mehr und nicht weniger.

Die Preisausschläge der OPEC-Staaten können jedoch keineswegs als ein- zige oder Haupterklärung für die weltweite verstärkte entrentenden Wirtschaftskrisen im Kapitalismus herhalten. Die Krisenhaftigkeit ist eine schon von Karl Marx aufgezeigte Gesetzmäßigkeit dieser Wirtschaftsordnung. Die Rezession der Jahre 74/75 hätte auch ohne Ölpreiserhöhung stattgefunden, ebenso wie die vor uns liegende Wirtschaftskrise.

Ein deutliches Anzeichen ist doch schon die Argumentation der Arbeitgeber in der derzeitigen Tarifrunde, die darauf hinweisen, die jüngsten Ölpreiserhöhungen würden dazu führen, daß 1,5% des Bruttosozialprodukts zusätzlich ins Ausland abgezogen würden und damit nicht mehr im Inland zur Verteilung anstünden. Können etwa 1,5% eines riesigen Sozialprodukts die entscheidende Ursache einer tiefen Rezession sein? Hinzu kommt, daß ein erheblicher Teil der in den OPEC-Staaten einlaufenden zusätzlichen Einnahmen aus dem Ölverkauf durch den Ankauf von Industrieanlagen und hochwertiger Technologie wieder in die Industriestaaten zurückfließen.

### Planwirtschaft

Abgesehen davon sollten ausgerechnet die Vertreter des westlichen Kapitalismus sich mit ihren Vorwürfen an den Adressen der Exploitierenden Staaten zurückhalten. Schließlich waren sie es, die jahrzehntlang diese Länder wie eine Zitrone auspreßten und hemungslos deren Rohstoffe ausbeuteten. Jetzt sollen sie sich am wenigsten wundern, daß die OPEC-Staaten begonnen haben, das kapitalistische Räuberspiel mitzuspielen und den einzigen ihnen zur Verfügung stehenden Reichtum - das Öl - so teuer wie möglich auf dem Weltmarkt zu verkaufen.

Wir stehen vor der nächsten Krise. Solange das kapitalistische Profitsystem nicht endgültig gestürzt wird, ist auch die übernächste Krise nicht mehr fern. Nur eine sozialistische Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung kann uns vor einer Rückkehr zu den elenden Zuständen der 20er und 30er Jahre bewahren.

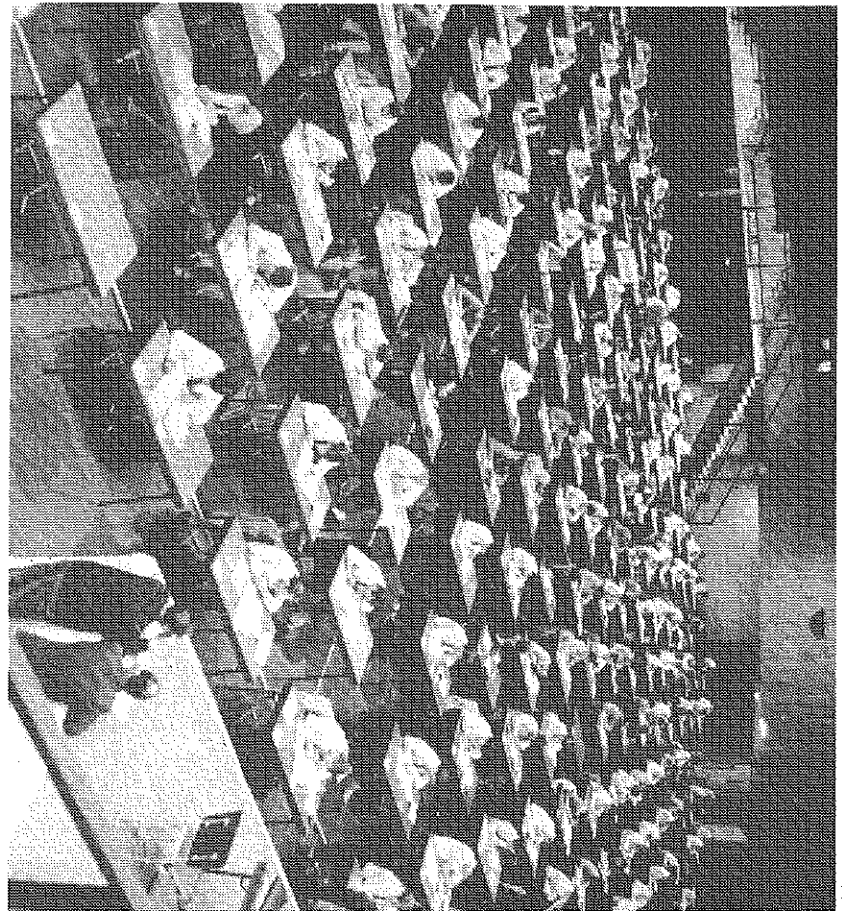
Joachim Heuck, Mitglied der



# VORAN

## Streit um Schulreform:

# Keine faulen Kompromisse in Sachen Gesamtschule BILDUNGSPOLITIK FÜR ARBEITERKINDER!



In deutschen Landen stehen Wahlkämpfe an. Die große Partei des Kapitals zieht unter ihrem Führer Franz-Josef Strauß gegen die letzten Reste ehemaliger sozialdemokratischer Reformpolitik zu Felde. Besonders in Hessen, aber auch in Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen versuchen christdemokratische Bildungsmagogen alle zapftarten Versuche zu zerschlagen, Schulpolitik im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu machen.

Worum geht es? Es geht vordergründig um Schulformen wie integrierte Gesamtschule und Orientierungsschule (in Hessen Förderstufe genannt), in der Sache geht es um die Frage, wer in Krisenzeiten an die Fleischtöpfe des Kapitalismus darf und wer nicht.

In der integrierten Gesamtschule fällt die Sortierung der Schüler in Haupt-, Real- und Gymnasialschüler nach der vierten Grundschulklasse weg. Alle Schüler werden in einer Schule unterrichtet. Sie sitzen im Kernunterricht (z.B. Gesellschaftslehre, Biologie und Sport) in derselben Lerngruppe. In Englisch, Deutsch und Mathematik wird die Gruppe in Leistungsgruppen aufgeteilt. Je nach Leistungen können die Schüler in diesen Kursen auf- aber auch abgestuft werden. "Sitzbleiben" hingegen gibt es hier nicht. Für Schüler mit Lernschwierigkeiten gibt es Förderkurse, in denen ihnen geholfen wird.

Daneben gibt es den Wahlpflichtunterricht. Der Schüler wählt aus einem Angebot von Kursen einen aus. Die Teilnahme ist dann für ihn verbindlich. So kann ein Schüler der 7. Klasse statt einer zweiten Fremdsprache beispielsweise Polytechnik wählen.

Unerrichtet, den die Schüler freiwillig besuchen, heißt Wahlunterricht. Kurse werden nach den Möglichkeiten der Schule angeboten. Schulen mit einem gut ausgestatteten Fotolabor werden einen Fotokurs anbieten usw.

Prinzip ist, daß nicht wie im dreigliedrigen System ausgeliebt, sondern gefördert werden soll. Unterricht soll Spaß machen. Dazu tragen auch die Wahlmöglichkeiten bei.

In der Förderstufe, an die sich oft eine kooperative Gesamtschule anschließt, werden ähnlich wie in der integrierten Gesamtschule alle Schüler zusammen unterrichtet. Nur in den Fächern Englisch, Mathe und Deutsch wird in Fachleistungskurse eingeteilt.

Nach der 6. Klasse wird jedoch eine Entscheidung getroffen, in welchen der Schulzweige sie zu gehen haben.

Für den DGB jedoch scheint es keinen Kündigungsschutz zu geben! Ist dies nicht eine Verletzung der "gewerkschaftlichen Gefühle" der meisten Mitglieder? Wie verträgt es sich eigentlich mit der so vielbeschworenen "innegewerkschaftlichen Demokratie", wenn ein Vorstand einfach unbenqueme Kollegen absetzen und entlassen kann, ohne daß ein Beschluß der Basis vorliegt?

Nach der Entlassung der Redaktion ist das künftige Erscheinen der Zeitung selbst in Frage gestellt! Zwar wurde die presserrechtliche Verantwortung für 'ran vorübergehend dem DGB-Pressstellenleiter Ulrich Preussner übertragen. Doch nach Ausscheiden aller hauptamtlichen Redakteure ist dies kein Ausweg. In den Augen vieler junger Gewerkschaftmitglieder ist dies nur der Beginn einer Entwicklung - falls 'ran überhaupt je erscheinen sollte - die aus der kritischen Zeitung ein zahnloses und fittgelahmes Vorstandsblättchen macht.

Dementsprechend gingen auch schon verschiedene Protestresolutionen bei DGB-Vorstand gegen diese Aktion ein. Beispielsweise erklärte der Bundesvorstand der Deutschen Journalisten Union: wenn der DGB-Vorstand der Meinung war, 'ran sei

Hier feiert das dreigliedrige System - obwohl die Schule kooperative Gesamtschule heißt - fröhliches Aufstehen.

Die Vorteile der Förderstufe (Orientierungsstufe) liegen in der aufgeschobenen Entscheidung über die weitere Schullaufbahn (nach der vierten Klasse ist es dazu zu früh) und in dem wie in der integrierten Gesamtschule vorhandenen Fördermöglichkeiten lernschwächerer Schüler.

## Warum Gesamtschule?

Die Gesamtschuldiskussion begann in den früheren 60er Jahren. Durch den Mauerbau in Berlin verhinderte das stalinistische Regime die weitere Auswanderung qualifizierter Facharbeiter aus der DDR, deren Ausbildung die BRD nichts gekostet hätte. Es war

hier sei kurz an die Aufgabe der Schule im Kapitalismus erinnert: Sie besteht in nichts anderem als in der allgemeinen Qualifizierung der Ware Arbeitskraft sowie in der ideologischen Ausrichtung auf die Marktwirtschaft. Als die ersten Mitglieder der APO (außerparlamentarischen Opposition) in den Schuldienst strömten und die einheitliche ideologische Ausrichtung auf den Kapitalismus nicht mehr ganz so sicher schien, bediente sich der Staat der Berufsverbote, um den Staatsapparat von Kritikern freizuhalten oder zumindest zu schwächen.



abzusehen, daß ein starres dreigliedriges Schulsystem dem steigenden Bedarf an Schulabgängern mit höheren Qualifikationen nicht abdecken kann, zumal neue Fähigkeiten und Fertigkeiten von den Schulabgängern verlangt wurden: "Mobilität" (damit ist die Fähigkeit zum mehrmaligen reibungslosen Arbeitsplatzwechsel gemeint) oder "Flexibilität" (das bedeutet die Bereitschaft, sich an alle Situationen anzupassen, auch wenn sie mies sind).

Ein Gutachten über Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen stellt fest: "In der modernen Gesellschaft werden angesichts der ständigen Veralterung des Wissens und des rapiden sozialen

Wandelis allgemeine fachübergreifende Fähigkeiten immer wichtiger." Die Gesamtschule entspringt also weniger den Hirnen reformtendiger Sozialdemokraten, sondern ist die Antwort auf die gestiegenen Ansprüche der Arbeitswelt.

Die Kritiker durch Androhung der Existenzvernichtung einzuschüchtern. An dieser grundsätzlichen Aufgabe des kapitalistischen Bildungssystems werden auch noch so freie reformierte Gesamtschulen nichts ändern.

Im Oktober 1979 weiterten sich die unionsregierten Länder, ab 1981 die Abschlüsse integrierter Gesamtschulen anerkennen. Das würde beispielsweise dazu führen, daß ein Abgänger der 10. Klasse einer hessischen Gesamtschule in Baden-Württemberg keine Fachoberstufe besuchen könnte, weil das hessische Zeugnis dort nichts gelten würde. Die CDU/CSU begünstigt ihren Schritt damit, daß die an Gesamt-

nicht sorgfältig genug redigiert (d.h. redaktionell bearbeitet) worden, dann wäre dies höchstens Anlaß gewesen, die Arbeitsbedingungen der Redaktion zu überprüfen. Sie sei personell unzureichend besetzt gewesen.

- Bisher steßen alle Proteste jedoch auf taube Ohren. Daß 'ran eingeht oder unter neuer Redaktion an die kurze Leine genommen wird, darf aber nicht geschehen! Alle DGB-Mitglieder, jung und alt, sind aufgeufen, beim DGB-Vorstand zu protestieren.
- 'ran darf nicht sterben!
- Die frustlose Kündigung der Redakteure muß wieder rückgängig gemacht werden!
- Die alte Redaktion muß wieder eingesetzt werden!
- Die Verantwortlichkeit für die Herausgeber-Schicht der 'ran und für die Einstellung der Redakteure muß der DGB-Jugendkonferenz übertragen werden.
- Für die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre, Gremien und Vorstände durch die Basis!

Ins Circle, Remscheid  
IG Metall Mitglied

## Politik der SPD

Die SPD-Führung verhält sich zu Schulpolitik, ihrem Reformparadeferre, genauso wie zu sämtlichen anderen Bereichen der Innen- und Außenpolitik. Zum einen läßt sie sich von den reaktionären Kräften in FDP und CDU/CSU in die Defensive drängen, zum anderen verwallt sie die Krise des kapitalistischen Systems. Das heißt: Nicht die Bildungsethiker, sondern die Finanzminister haben das Sagen und setzen die Prioritäten im Sinne der kapitalistischen Krisenpolitik. Statt die Schuldepersonell und sachlich ausstehend auszusortieren, wird die Reform auf dem Rücken der Lehrer ausgetragen, die als Gesamtschulen erheblich mehr Arbeitslasten als im herkömmlichen Schulsystem. Die inhaltliche Ausgestaltung der Gesamtschule liegt weiterhin auf dem weiten Feld der SPD vor den wütenden Angriffen der CDU, beispielsweise gegen die hessischen Rahmenrichtlinien im Fach Gesellschaftslehre kapituliert hat.

Es kommt heute darauf an, den Gehirnsen an der Spitze der Partei durch Initiativen der betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer Dampf zu machen. Die DGB-Führung hat wiederholt versichert, daß sie im Kampf für die Durchsetzung der Gesamtschule als Regelschule an der Seite der Betroffenen stehen will. Auf die Kollegen an der Basis kommt es an, ob den Worten Taten folgen.

Bei alledem gilt es nicht zu vergessen: Auch eine perfekte Gesamtschule kann den Arbeiterkindern nur eine gute Ausbildung vermitteln. Ihre Zukunft bleibt unsicher, denn sie ist durch die ständigen Krisen der kapitalistischen Gesellschaft bedroht. Die Krisenhaftigkeit des Systems bedroht nicht nur die Schüler in ihrer Existenz, sondern auch die Gesamtschule selbst. Ausstattung von Schulen mit Lehrern, Lehrmitteln sind als Staatsausgaben in der Konjunkturschwankungen unterworfen. Eine harmonische Entwicklung der Gesamtschule, die allen die allerseitige Entwicklung aller Schüler gewährleisten kann, ist nur in einer demokratisch geplanten, also einer sozialistischen Wirtschaft möglich.

Darüber sollten sich alle Schüler, Eltern und Lehrer im Klaren sein.

Von einem GEW-Mitglied aus Hessen

# ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DK 7 - auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Otfinger, Pöschel Essen Nr. 17020-433 überweisen. (Abopreis für sechs Ausgaben) Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75